

Die „Vorblätter“ erscheinen morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Postbezugs 10,- M., im voraus zahlbar. Für Vorbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 18,- M., für das übrige Ausland 20,- M., zusätzlich Beleg- und Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M., Werk. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Zweite Straße 20.

Die achtseitige Sonntagsausgabe aber deren Raum kostet 5,- M., einschließlich Steuern und Aufschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Kaufpreise Anzeigen laut Tarif. Kleinanzeigen und Stellenbesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Berlin-Besuche in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

GEZEITUNG

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Krise in der auswärtigen Politik

Erklärung Simons im Reichstage — Kabinettsitzung — Beratungen mit den Parteiführern

In diesen Tagen, in diesen Stunden fallen die schwerwiegenden Entscheidungen, die für das Schicksal Deutschlands und damit für die gesamte europäische Zukunft von weittragender Bedeutung sein werden. Die Note, die die deutsche Regierung an die Vereinigten Staaten gerichtet hat, zeigt durch den verzweifelten Ton, durch die bedingungslose Unterwerfung unter den Willen einer fremden Regierung dem deutschen Volke viel zu spät den furchtbaren Ernst seiner Lage. Und diese Note ist ein Misserfolg gewesen. Dieser Misserfolg mußte eintreten, und es bleibt unbegreiflich, wie die Regierung einen so weittragenden Schritt tun konnte, ohne jede Gewißheit, daß er Erfolg haben könne. Nachdem die Regierung Monate untätig hat verstreichen lassen, nachdem durch ihre unklare und zögernde Politik die Krise immer mehr verschärft wurde, findet sie selbst jetzt noch nicht die notwendige Entschlossenheit, mit aller Offenheit vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt das Ziel der deutschen Politik klarzulegen und den geraden Weg zu seiner Erreichung zu gehen.

Der Reichstag hat heute, da die auswärtige Krise ja doch jedes andere Interesse zurückgedrängt, nur eine kurze Sitzung abgehalten. Sofort nach Eröffnung erhielt der Außenminister Dr. Simons das Wort zur Abgabe der nachstehenden

Erklärung:

Nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen hat die Reichsregierung unerschütterlich Schritte getan, um eine neue Basis für Verhandlungen mit den Alliierten zu finden, eine Basis, die Aussicht hat, mit den Alliierten diejenigen Fragen zu besprechen, die allein für eine wirkliche Lösung der Reparationsfrage möglich sind. Das war in erster Linie die Frage des Wiederaufbaues, die nach Auffassung der Reichsregierung die allerdringendste Frage des Reparationsproblems darstellt. Infolge dessen wurde alsbald im Wiederaufbauministerium ein Plan für die technische Durchführung des Systems ausgearbeitet. Das Ergebnis dieser Arbeit ist in Urteilen in der Note enthalten, die an die Reparationskommission abgeschickt ist und die der Reparationskommission verschiedene Systeme des Wiederaufbaues zur Auswahl gibt, von denen das eine den Vorschlägen entspricht, die die deutschen Gewerkschaften ausgearbeitet haben. Auf Einzelheiten kann ich hier nicht eingehen.

Das zweite Problem war die Beschaffung der Zahlungsmittel, die von Deutschland gefordert wurden, um den Reparationsansprüchen der Gegner auch finanziell gerecht zu werden. Da die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands aufs äußerste beschränkt ist, so mußte nach der Auffassung der Reichsregierung das Hauptaugenmerk gerichtet werden auf die Beschaffung der Mittel, mit dem Plan einer internationalen Anleihe, aus der der Fonds für die Alliierten zur Verfügung gestellt werden konnte. Auf der Basis dieser Unterzuchung hat dann die Reichsregierung Schritte zu nehmen gesucht mit den Gegnern, um wieder zu neuen Verhandlungen zu gelangen. Die Versuche sind zum Teil unterstützt worden durch Anerbietungen von anderer Seite, teils sind sie von Privaten geführt worden, teils sind sie darauf zurückzuführen, daß die alliierten Vertreter selbst sich zur Verfügung gestellt haben, um mit ihnen die Fragen zu besprechen. Alle diese Versuche sind aber gescheitert. Nachdem sie gescheitert sind, bin ich nicht in der Lage, auf alle Einzelheiten einzugehen, denn es widerspricht der im internationalen Verkehr üblichen Rücksicht, eine Persönlichkeit oder eine Macht zu bezeichnen, die bereit gewesen sind zur Vermittlung.

Wir haben bei den Versuchen, wieder zu einer Fühlung mit den Alliierten zu kommen, bei den Versuchen, die die Reichsregierung im Interesse des deutschen Volkes bei der nie verfallenden Pflicht hielt, auch — und sogar in erster Linie — an eine Vermittlung Amerikas gedacht, und zwar deswegen, weil Amerika an der ganzen Frage der Lösung der Kriegsprobleme durch seine Teilnahme am Kriege, durch seine entscheidende Einflüsse auf den Ausgang des Krieges und dadurch besonders betraut ist, daß es von allen Mächten die einzige ist, deren Finanzkraft sie in die Lage versetzt, wesentlich zur Lösung der Reparationsfrage beizutragen. Überdies eine Macht, deren Interessen nicht nur unmittelbar an dem Ausgang der zwischen den Alliierten und Deutschland schwebenden Streitfrage beteiligt sind, sondern auch eine Macht, von der man eine weniger von Leidenschaft und von Interesse getriebene Auffassung der Frage erwarten konnte. Da nun alle anderen Wege der Fühlungnahme vergeblich waren, so war die Reichsregierung vor die neue Frage gestellt, wie man zu Amerika herankam. Wir befinden uns mit Amerika noch in einem formellen Kriegszustand. Auf dem gewöhnlichen Wege der diplomatischen Vermittlung war ein derartiges Gesuch nicht an die amerikanische Regierung heranzubringen, wir bedurften vielmehr eines Umweges. In dieser Lage hat sich die Reichsregierung entschlossen, an die amerikanische Re-

gierung die dem Hause durch die Presse bekannt gegebene Note zu richten. In dieser Note gingen wir aus von dem unbedingten Angebot der Unterwerfung unter die schiedsrichterliche Entscheidung Amerikas in der Frage der Reparationen nach einer eingehenden Prüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit, und damit war Amerika in die Lage versetzt, ein Schiedsverfahren einzuleiten, bei dem Deutschland die Gelegenheit gehabt hätte, alle diejenigen Argumente vorzubringen, die zu seinen Gunsten sprachen. Die deutsche Regierung hat diese Argumente und alles dasjenige, was nach ihrer Meinung aus dem Friedensvertrag ihr gutes Recht ist, darunter insbesondere die Unterzuchung der Leistungsfähigkeit Deutschlands, nicht mehr besonders in dem Angebot erwähnt, weil jede weitere Vertiefung nach der schon Ueberzeugung der deutschen Reichsregierung von amerikanischer Seite als ein Mangel an Ernstlichkeit der Gesinnung aufgefaßt worden wäre. Die amerikanische Regierung hat dieses Angebot der deutschen Regierung nicht angenommen. Heute mittag hat mit der Vertreter der amerikanischen Regierung ein Memorandum überreicht, das in der Uebersetzung lautet:

„Die amerikanische Regierung konnte nicht dazwischen wirken, in der Reparationsfrage dazwischen zu vermitteln, daß sie als Schiedsrichter auftritt. Durchdrungen indessen von dem Ernst der aufgeworfenen Fragen und ihrer Bedeutung für die ganze Welt, ist die Regierung der Vereinigten Staaten stark an der ersten und gerechten Lösung dieser Fragen interessiert. Die amerikanische Regierung wünscht dringend eine sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen und gibt wiederholt der ersten Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung selbst solche Vorschläge formulieren wird, die eine geeignete Verhandlungsgrundlage geben. Sollte die deutsche Regierung diesen Weg einschlagen, so wird die amerikanische Regierung in Erwägung ziehen, die alliierten Mächte zu ersuchen, in angemessener Weise die Angelegenheit zu regeln, damit die Verhandlungen alsbald wieder aufgenommen werden.“

Damit ist die Vermittlung durch Uebernahme des Schiedspruches abgelehnt. Nicht abgelehnt, sondern in qualifizierter Form angenommen ist der Vorschlag der persönlichen Vermittlung, nämlich, daß die deutsche Regierung der amerikanischen Regierung Vorschläge unterbreitet, die die amerikanische Regierung für geeignet hält, in der Weise, wie es in der Note ausgeführt ist, als Grundlage für weitere Verhandlungen mit den alliierten Mächten zu dienen. Daraus ergibt sich, daß nunmehr unmittelbar in die Erwägung darüber eingetreten werden muß, wie gegenüber der amerikanischen Regierung die Vorschläge der deutschen Regierung zu treffen sind.

Ueber diese Frage wird sich zunächst die Regierung selbst schlüssig werden müssen. Mit Rücksicht darauf, daß heute mittag erst diese Note in die Hände des deutschen Außenministeriums gekommen ist, hat das Kabinett naturgemäß noch keine Zeit gehabt, diese Frage zu erwägen. Infolgedessen wird die Kabinettsitzung erst heute nachmittags stattfinden, und die Regierung wird erst morgen in der Lage sein, dem Hause über die Gesamtheit ihrer Vorschläge in der Reparationsfrage Rede und Antwort zu stehen. In diesem Zusammenhange möchte ich mir dann auch gestatten, näher auf das einzugehen, was ich hier nur in Urteilen gegeben habe. Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß sie in der Formulierung der Vorschläge bis an die Grenze dessen gehen muß, was das deutsche Volk für Reparationszwecke leisten kann. (Bewegung.) Dies ist um so mehr der Fall, als wir selber bei der Beurteilung der Lage, in der wir uns finanziell und wirtschaftlich befinden, fast das ganze Ausland bisher gegen uns haben. Es besteht aus unserer Information in der Welt leider die Ueberzeugung, daß Deutschland seine eigene Leistungsfähigkeit unterschätzt. Diese Ueberzeugung muß unter allen Umständen allmählich einmal aus der Welt verschwinden, nicht dadurch, daß wir nunmehr Versprechungen machen, von denen wir wissen, daß wir sie nicht halten können, sondern dadurch, daß wir dem Auslande vollständig klaren Weis über unsere Lage einschleusen, und daß wir auf dem Wege vorgehen, den wir in Brüssel bereits betreten haben und der zum Nachteil des Wohles aller beteiligten Völker durch die plötzliche Enderklärung der Pariser Konferenz und die einseitige Feststellung der Absichten der Alliierten durch die Pariser Beschlüsse verlassen worden ist.

Simons Rede enthält sachlich nichts Neues. Sie macht nicht einmal den Versuch, zu erklären, warum die Regierung, die Volksvertretung nicht zur Mitwirkung herangezogen hat, bevor sie sich zu einem so weittragenden Schritt entschlossen hat, mit dem sie nicht nur sich selbst, sondern ausdrücklich das deutsche Volk gebunden hat. Die Erklärung wäre ihr allerdings auch sehr schwer gefallen. Ebenso wenig hat der Minister irgendwie klar gesagt, was die Regierung nunmehr tun wird. Er hat zwar erkannt, daß Deutschland in dem Urteil über seine finanzielle und

wirtschaftliche Leistungsfähigkeit fast das ganze Ausland geschlossen gegen sich hat, das heißt, daß das Ausland die bisherigen Vorschläge der deutschen Regierung für ungenügend hält. Aber was der Minister zum Schluß seiner Rede über seine eigenen Absichten angedeutet hat, bleibt völlig im Dunkeln, denn weder für eine Aufklärung des Auslands noch für den Versuch, den in Brüssel abgehandelten Fäden wieder anzuknüpfen, bleibt jetzt noch die Zeit.

Alles hängt vielmehr davon ab, daß die Vorschläge, die die Regierung gestern nachmittags in ihrer Kabinettsitzung festgestellt und am Abend noch mit den Parteiführern beraten hat, solche sind, die sowohl von den Vereinigten Staaten als von der Entente — und die Auffassung der Entente ist die in Wirklichkeit entscheidende — als geeignete Verhandlungsgrundlage anerkannt werden. Dabei hoffen wir, daß nicht wiederum kostbare Zeit verloren, sondern die Vorschläge ungehäumt den beteiligten Mächten bekanntgegeben werden. Es ist aber von entscheidender Bedeutung, daß jetzt alle Bedenken zurückgestellt werden. Jetzt kann es sich nicht mehr um Einzelheiten handeln und noch weniger um Einzelinteressen. Jetzt geht es wirklich um das Ganze und ganz große Opfer sind berechtigt, um das Schlimmste zu vermeiden: die Wiederaufnahme der Gewaltpolitik, den immer sich steigenden Druck eines erbarmungslosen Zwanges, unter dem Deutschland erdrückt würde.

Die Sitzung mit den Parteiführern

In der gestrigen Abend Sitzung mit den Parteiführern erklärte die Regierung, daß die neue Note an die Vereinigten Staaten noch nicht fertiggestellt sei. Sie werde aller Wahrscheinlichkeit nach im Laufe des heutigen Tages abgeschlossen. Sie sei nicht in der Lage, vor dem Eintreffen der Note in Washington Mitteilungen zu machen, die über den Kreis der Umstehenden hinausgehen könnten. Dem widersprechen die Unabhängigen, die Deutschnationalen und schließlich auch die Rechtssozialisten und forderten die Berechtigung, wenigstens den Fraktionen Mitteilung zu machen. Die Regierung erklärte auch einer Veranstaltung, sie sei bereit, morgen abend nähere Aufschlüsse zu geben, von denen dann auch den Fraktionen Mitteilung gemacht werden kann.

Die Verhandlungen des Reichstags werden erst am Montag stattfinden.

Rein Ultimatum

Berlin, 22. April.

Die auch in den französischen Landtag gelangten Gerüchte, daß bei der Reichsregierung ein Ultimatum eingetroffen sei, das bei der Annahme der Pariser Beschlüsse innerhalb 24 Stunden vorzuliegen, entbehren jeder Grundlage.

Der französische Offiziosus zur deutschen Note

Paris, 22. April.

Der „Temps“ bemerkt zum Schluß der deutschen Regierung, wenn diese tatsächlich bereit wäre, annehmbare Vorschläge zu machen, so habe sie nicht notwendig, den Umweg über Harding zu machen, sondern könne ihre Angebote der Reparationskommission vorlegen. Die Antwort Amerikas scheint drei Hauptgedanken zu enthalten.

1. Die Vereinigten Staaten wollen das Schiedsriterium nicht übernehmen. 2. Sie raten Deutschland, annehmbare Vorschläge zu machen. 3. Sie werden eventuell diese Vorschläge den Alliierten vorlegen, damit diese mit Deutschland wieder verhandeln.

Der erste Punkt ist der wichtigste. Die deutsche Regierung wünscht, daß Harding auf Frankreich und die Alliierten einen Druck ausübe. Man begreift nun, daß die Regierung der Vereinigten Staaten diese Rolle nicht spielen will, aber statt sich darauf zu beschränken, einen Schiedspruch abzulehnen, bietet die amerikanische Regierung sich an, wenn Deutschland vernünftige Vorschläge mache, diese an die Alliierten weiter zu leiten.

Dieses Angebot steht aus dem offensbaren Wunsch Amerikas, den Alliierten keinen schlechten Dienst zu erweisen. Der „Temps“ lobt den Takt, den Harding darin an den Tag legte. Sobald die deutschen Vorschläge durch die Vereinigten Staaten übermittelbar werden würden, hätte das die Bedeutung, daß die Vereinigten Staaten die Durchführung garantieren. Diese Garantie wäre dann für die Schuldigen Deutschlands vorteilhaft, denn damit wären die deutschen Verpflichtungen während eines Zeitraums von 30 Jahren erfüllt. Der „Temps“ ist aber selbst nicht sicher, ob man die Dinge in Washington so verstanden wissen will.

Englische Pressestimmen

London, 22. April.

„Daily News“ schreibt im Leitartikel, die Interessen nicht nur Englands, sondern ganz Europas, einschließlich Frankreichs, verlangen, daß Lloyd George formell und energisch gegen den Vorschlag der Besetzung des Ruhrgebietes Einspruch erhebe.

An anderer Stelle sagt das Blatt, man könne aus dem Beschluß, die Militärs an den Beratungen nicht teilnehmen zu lassen, folgern, daß der Eindruck vermieden werden solle, als ob eine militärische Aktion gegen Deutschland unmittelbar bevorstehe. Die Hauptfrage werde bei der Konferenz in Lympe die Forderung der Franzosen auf sofortige Besetzung des Ruhrgebietes sein. Auf dieses Ziel sei die Politik der Franzosen seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes gerichtet. „Daily News“ zufolge könne angenommen werden, daß Lloyd George mindestens darauf bestehen wird, daß, wenn ein vernünftiges neues deutsches Angebot bis zum 1. Mai erfolge, es gebührend erwogen werde, bevor irgendeine militärische Aktion unternommen wird. In dieser Haltung werde Lloyd George wahrscheinlich von Belgien und ganz bestimmt von Italien unterstützt werden.

„Daily Express“ meldet, wenn sich herausstellen sollte, daß Großbritannien mit Frankreich bezüglich der zu treffenden Maßnahmen übereinstimme, dann werde eine mehr formelle Konferenz einberufen werden, auf der Italien und andere Mächte vertreten sein würden.

Frankreichs Vorbereitungen

Paris, 22. April.

Heute vormittag wurden in der Sitzung im französischen auswärtigen Amt, die unter dem Vorsitz Briands stattfand, die Beschlüsse der Sachverständigen über die Besetzung des Ruhrgebietes geprüft. Anwesend waren die Minister Doumer, Loucheur und Degout, als militärischer Berater Marschall Foch und die Generale Buat und Wengand.

Paris, 22. April.

„Matin“ schreibt, der französische Botschafter in Rom, Barrère, habe gestern in einer Unterredung mit Briand, diesem die Versicherung überbracht, Giolitti und Storza würden dem französischen Sanktionsplan keine Hindernisse bereiten.

Die französischen Arbeiter gegen die Gewalt

Paris, 22. April.

Ueber die geplante Besetzung des Ruhrgebietes schreibt das Gewerkschaftsorgan „Le Peuple“, im vergangenen Jahr und auch späterhin, sei klar geworden, daß Passivität nicht der hervorsteckendste Charakterzug der Arbeiter im Ruhrgebiet sei. Wie wolle man sie zur Arbeit bringen, während doch der ganze Plan auf ihrer Arbeit beruhe? Sollten Maschinen-gewehre bei den Bergwerken aufgestellt werden? Dadurch würde nicht eine Tonne mehr gefördert. Sollte man jedem Arbeiter einen Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett mitgeben, oder die Arbeitspflicht einführen und ein Zwangs-ertragnis vorschreiben? Im vergangenen November hatte die Delegation der Gewerkschaftsinternationale im Ruhrgebiet Gesandtschaft, in allen Arbeiterkreisen eine einmütige Gesinnung festzustellen. „Wenn die Franzosen kommen“, sei von allen Seiten gesagt worden, „so wird das vorerst den Streik und dann die Verminderung des Ertrages bedeuten. Wir wollen wohl arbeiten, aber als freie Männer nicht unter Zwang!“ Und das sei noch die gemäßigteste Ansicht derjenigen Arbeiter gewesen, die sich bemühten, die anderen von unüberleglichen Handlungen abzuhalten.

Paris, 22. April.

In der heutigen Nummer der „Humanité“ veröffentlicht eine Anzahl kommunistischer Organisationen des Seine-Departements einen Aufruf gegen die Mobilisierung, der mit folgenden Worten schließt: Wie 1914 wird man Euch mobilisieren, wie 1914 wird die Mobilisierung den Krieg bedeuten. Um die alten Kriegsschäden zu reparieren, wird der Krieg neue Schäden verursachen. Entweder das Gold des deutschen Volkes, das für den Krieg nicht mehr verantwortlich ist als das französische Volk, oder das Blut von Millionen Männern. Wählet also! Deshalb werdet Ihr mit uns sagen: Woer Mobilisierung noch Krieg, eher Generalstreik, eher Ungehorsam, eher Revolution!

Wiederaufbaukonferenz des französischen Gewerkschaftsbundes

Paris, 22. April.

Heute vormittag hat die von der C. G. T. einberufene Konferenz über den Wiederaufbau der besetzten Gebiete, unter dem Vorsitz des Abg. Baska, Bürgermeister von Lens, begonnen. Die Ingenieure Franc und Gache sowie der Gewerkschaftssekretär Jouhaux haben über das System der deutschen Mitarbeit am Wiederaufbau gesprochen.

Die Scheidungsreise

Wer wird denn weinen, wenn man auseinandergeht,
Wenn an der wüsten Erde schon ein anderer leht.
Man legt auf Wiedersehen, und denkt sich heimlich bloß,
Nun bin ich wieder mein Verhältnis los.

Im Preussischen Landtag fand gestern ein Ehescheidungsprozess statt, und es kam dabei zwischen den Parteien, die bisher friedlich miteinander in einem Bette schliefen, zu recht unerquicklichen Szenen. Der Rechtssozialist Siering nahm als erster das Wort zur Erklärung des Ministerpräsidenten Stegerwald. Es kam ihm in der Hauptsache darauf an, den Nachweis zu führen, daß die Rechtssozialisten alles versucht hätten, die alte Koalition wieder lebensfähig zu machen. Der Versuch sei aber an dem bösen Verhalten des bisherigen Ehegenossen gescheitert. Die vielen häuslichen Auseinandersetzungen, die Herr Siering vor einer großen Zuhörerschaft vorbrachte, waren für die Koalitionsparteien recht unerquicklich — für die unbeteiligten Zuhörer waren sie ein hübsches Vergnügen.

Es muß hervorgehoben werden, daß die Rechtssozialisten eine Koalition auch mit der Deutschen Volkspartei nicht prinzipiell ablehnen. Als Herr Siering nämlich von unabhängiger Seite auf das mecklenburgische Beispiel hingewiesen wurde, erklärte er, daß für die Rechtssozialisten der Wille des Volkes maßgebend sei. Wenn im Preussischen Parlament die alte Mehrheit nicht wieder zustande gekommen wäre, dann wären die Rechtssozialisten evtl. bereit gewesen, auch mit der Stinnespartei gemeinsame Sache zu machen. Das sagte Herr Siering wörtlich. Er befand sich deshalb auch in seiner Polemik gegen Stegerwald in einer sehr unglücklichen Lage. Es war mehr die Erbitterung über die nunmehr erfolgte Ehescheidung und weniger das Prinzip, welches Herrn Siering veranlaßte, dem Ministe-

rium Stegerwald und den Parteien, die es stützen, den schärfsten Kampf anzujagen.

Sprach aus den Ausführungen Sierings also der Haß gegen die eine Ehehälfte ob des schmachvollen Treubruchs, so weinte der Vertreter des Zentrums, Herr Herold, buchstäblich Tränen, weil die Zentrumspartei, die jetzt mit Stinnes ein neues Verhältnis eingegangen ist, von ihrem früheren Bettgenossen darob beschimpft wird. Herr Siering hatte nämlich gesagt, das neue Kabinett trage an seiner Stirn den Wortsbruch, den Vertrauensbruch und den Verrat. Man habe während des Wahlkampfes in treuer Waffenbrüderlichkeit nebeneinander gestanden und wage es jetzt, das Bündnis zu lösen, obwohl man nach dem Starkeverhältnis der Parteien noch recht lange friedlich nebeneinander hätte schlafen können. Das brachte Herrn Herold, den Senior des Hauses, aus der Fassung. Mit tränenerstickter Stimme schlugte er in den Saal hinein, daß das Zentrum mit den Rechtssozialisten nie eine Waffenbrüderlichkeit geschlossen habe. Lediglich im Interesse der Staatsautorität sei das Zentrum mit den Rechtssozialisten ein Stück Wegs gemeinsam gegangen. Eine engere Verbindung sei von je unmöglich gewesen, denn zwischen beiden Parteien stehe trennend — die Weltanschauung!

Die scharfe Kampfanlage der Rechtssozialisten gab dann auch den Vertretern der bürgerlichen Parteien Gelegenheit, die Front aufzurollen. Der Redner der Deutschnationalen und der Redner der Volkspartei freuten sich über das neue Kabinett. Es sei zwar noch nicht ganz nach ihrem Wunsche, aber sie erwarten, daß es auch die letzten Hoffnungen erfüllen werde, wenn es nur erst richtig fest in dem Sattel sitzt. Damit das Kabinett Stegerwald vom rechten Wege nicht abirre, diktierte ihm der Redner der Deutschnationalen einen Marschbefehl. Ist der ausgeführt, dann soll das Ministerium Stegerwald auch das ungeschmälerte Vertrauen der Deutschnationalen bekommen, das einstweilen noch etwas eingeschränkt werden muß, schon um es nach außen hin den radikalisierten Wählern etwas schmaler zu machen.

Von unserer Fraktion leuchtete Genosse Ludwig mit der Blendlaterne die einzelnen Parteien ab. Er sagte den Rechtssozialisten, daß sie durch ihre Koalitionspolitik die Arbeiterklasse geschwächt und getäuscht hätten. Sie hätten eine widernatürliche Ehe geschlossen, die Frucht sei jetzt die rechtsgerichtete Regierung. Er tröstete auch den Abgeordneten Herold mit dem Hinweis darauf, daß das Zentrum nicht zu weinen brauche, wenn es jetzt von den Rechtssozialisten scheide. Denn auf der anderen Seite ständen ja — zwei andere Parteien mit geöffneten Armen, um einen neuen gewissermaßen natürlicheren Bund zu schließen. Genosse Ludwig, der erst in später Stunde das Wort ergreifen konnte, fand das Ohr des ganzen Hauses. Auch er sagte dem Ministerium Stegerwald den allerhöchsten Kampf an. Aber aus seinen Worten konnte jeder vernehmen, daß hier kein Scheinmanöver ausgeführt, sondern Grundsätze proklamiert werden. Gerade deshalb hinterließ die Rede Ludwigs einen sehr nachhaltigen Eindruck, und man sah es dem Minister Stegerwald sowohl als auch den Vertretern der bürgerlichen Parteien an, daß es ihnen nicht recht wohl werden wollte mit ihrem Schmerzseind, welches als Frucht der widernatürlichen Ehe zwischen Rechtssozialisten und den Koalitionsparteien zur Welt gebracht wurde.

Preußen den Preußen!

Unter dieser Stichmarke beschäftigt sich Gustav Koethe im roten „Tag“ mit der Regierungsbildung in Preußen. Zunächst macht dieser Urdeutsche den Deutschnationalen Vorwürfe, weil sie Herrn Stegerwald wählten, „der bei seinem Reisten ein ganz ausgezeichneter Mensch sein mag, aber als „Mann des Zentrums“, Arbeitersekretär, der nur „die Volks- und Gewerkschule“ besucht hat und „der auch noch aus dem Würzburgischen stammt“, absolut ungeeignet für den Ministerpräsidentenposten ist. Die Deutschnationalen sollten doch nicht vergessen haben, daß Preußen seine Größe seinen hohen Beamten verdankt; sie hätten vor allem unbedingt einen Mann „von einem rüchsischen preussischen Ehr- und Staatsgefühl proklamieren müssen“, wie es von einem braven Arbeitersekretär gewiß nicht erwartet werden kann.

Und dann kommt die Schlussfolgerung: Nur die Junker sind zum Regieren geeignet und er (Gustav Koethe) werde den Tag begrüßen, wo Geometer Schneider und Handschuhmacher als Minister durch Leute mit Herrennaturen ersetzt werden und an dem der preussische Landtag soweit zur Vernunft gekommen sein sollte, „daß er statt des heute modernen Arbeiter- und Partei-sekretärs endlich wieder vorzieht, einen der altmodischen, ehrenfesten, strammen preussischen Junker zum Ministerpräsidenten zu wählen. Die verstehen das Regieren doch besser.“

Eigentlich ist es schade, daß die Deutschnationalen nicht schon diesmal einen Junker statt dem „Arbeitersekretär“ aus dem Würzburgischen ihre Stimme bei der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten gegeben haben. Aber Stegerwald als Vorläufer des Junkers vom reinen Wasser: Das ist wenigstens ein Schritt zur Alleinherkunft, für die gerade Stegerwald sicher gute Vorarbeiten leisten wird.

Reine Unbefonnenheiten!

In den an Polen grenzenden Teilen Deutschlands sind Gerüchte verbreitet über einen bevorstehenden polnischen Einmarsch, der angeblich nach dem 1. Mai erfolgen soll. Diese Gerüchte scheinen manchen Kreisen zu genügen, um allerlei abenteuerliche Pläne für eine Gegenaktion zu schmieden. Es ist klar, daß unsere Partei nichts mit solchen Dingen zu tun hat. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß irgend welche gewalttätigen Aktionen gar keinen Nutzen, sondern unter Umständen sehr großen Schaden stiften können. Es ist deshalb die Aufgabe unserer Genossen und namentlich unserer Funktionäre, solchen Plänen entgegenzuwirken und die Arbeiterschaft davor zu warnen, irgend welchen Aufforderungen zur Beteiligung oder zur Vorbereitung an solchen Aktionen Folge zu leisten. Auch die Regierung wird gut tun, diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit zu schenken, um so mehr, da auch Landräte an diesen Treibereien sich beteiligen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Berlin, 22. April.

In der Zeit vom 12. bis zum 21. April haben in Polen zwischen Vertretern der deutschen und der polnischen Regierung Verhandlungen über die Regelung der sich aus dem Friedensvertrage von Versailles ergebenden Optionsrechte der beiderseitigen Staatsangehörigen stattgefunden.

Die Ergebnisse der Verhandlungen sind in einem gemeinsamen Protokoll zusammengefaßt worden, das als Grundlage für die in den nächsten Tagen in Paris beginnenden endgültigen Verhandlungen dienen wird.

Die Regierungsbildung in Mecklenburg

Der Mecklenburgische Landtag hat am Donnerstag die letzten Ministerposten besetzt und damit das Bündnis zwischen Rechtssozialisten und Deutscher Volkspartei besiegelt.

Schwerin, 22. April.

In der heutigen Sitzung des Landtages gab Ministerpräsident Sieling zu Beginn der Sitzung eine Regierungserklärung ab, in deren Verlauf er u. a. folgende neun Programmpunkte verlas: 1. Sicherung der Verfassung des mecklenburgischen Freistaates in der deutschen Republik. (Gegen jeden ungesetzlichen Angriff von rechts oder links.) 2. Demokratisierung der Verwaltung. 3. Ausbau der Selbstverwaltung der Kreise unter Befreiung der Befugnisse der Drosken auf das im Staatsinteresse notwendige Mindestmaß. 4. Sicherung und Ausbau der bestehenden Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten. 5. Sicherung und Ausbau sozialpolitischer Maßnahmen auch auf dem Gebiete der Rechtsentwicklung. 6. Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot sowie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Schaffung von Arbeit. 7. Förderung des Siedlungswesens. 8. Durchführung der Trennung von Kirche und Schule. 9. Durchführung der Einheitschulen.

Die Dragesch in Oldenburg

Der Plan der Escherich-Deute, Deutschland in die Länge zu nehmen und mit Hilfe des bewaffneten Bürgeriums die Arbeiterbewegung in Fesseln zu legen, ist um einen Schritt weiter gediehen. Wie aus Oldenburg gemeldet wird, hat das Oldenburgische Ministerium das früher erlassene Verbot gegen die Organisation Escherich als unhaltbar und ungesetzlich zurückgezogen und die Eintragung des Oldenburgischen Landesverbandes der Dragesch in das Vereinsregister genehmigt.

Dieser Schritt Oldenburgs ist die Quittung für das feige Zurückweichen der Reichsregierung gegenüber Bayern in der Entmännungsfrage. Bayern unterhält eine gegenrevolutionäre Armee von 320 000 Mann mit entsprechendem Waffen, rüht sich sogar dessen, und Oldenburg folgt jetzt in aller Form diesem Beispiel. Selbstverständlich wird die Dragesch „jetzt erst recht“, um mit Escherich zu reden, auch in anderen Ländern, so namentlich in Preußen, unter dem neuen Stinnes-Kabinett, ihre gegenrevolutionären Pläne offen betreiben und die Bewaffnung des Bürgeriums mit verdoppelter Energie durchsetzen. Daß die Meldung über die Anerkennung der Dragesch in Oldenburg und damit der Schaffung von bewaffneten Bürgerbänden am gleichen Tage erfolgt, an welchem die Bitte der Reichsregierung um Vermittlung des amerikanischen Präsidenten bekannt wird, bei der die Entmännungsfrage keineswegs eine nebensächliche ist, kennzeichnet trefflich unsere innerpolitischen Verhältnisse.

Höring auf Puttkamers Spuren

Wenn der engstirnige preussische Junker Puttkamer unterm Sozialisteneßel einem Sozialdemokraten nicht anders hat bekommen können, pflegte er seine Ausweisungsbefehle und seine anderen Schändlichkeiten mit den Worten zu bekräftigen, daß der Betreffende einer Partei angehöre, die offen den Umsturz des Staates predige. Die dem Puttkamer hat der rechtssozialistische Oberpräsident Höring die Begründung nachgewiesen, mit der er die Absenthebung familiärer 21 kommunistischer Ortsvorsitzer der Provinz Sachsen rechtfertigt. Sie gehören einer Partei an, die offen den Umsturz des Staates predigt und auf Ausweitung einer auswärtigen Macht handelt. So sagt Höring und also verfügt er ihre Absenthebung. Die Empfindung dafür, wie sehr er damit der Vergangenheit der sozialdemokratischen Partei ins Gesicht schlägt, fehlt dem rechtssozialistischen Oberpräsidenten Höring ebenso, wie sie dem rechtssozialistischen Reichspräsidenten Ebert bei der Etablierung der Sondergerichte gefehlt hat.

Der Schieberlaß Heines

Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Erneut hat der Tod des Raschnitzen Salt mit aller Deutlichkeit erwiesen, daß die bestehenden Bestimmungen über den Waffengebrauch vollkommen unzulänglich und unmenslich sind. Es muß unter allen Umständen verhindert werden, daß auf wehrlose Gefangene geschossen werden darf. Die Erschießungen auf der Front“ haben sich gehäuft, und es muß gefordert werden, daß die vorgelegten Dienststellen andere, sichere Mittel zur Verhinderung etwaiger Furchtversuche anordnen. Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer, Bezirksverband Berlin, verlangt den baldigen Erlaß dahingehender Bestimmungen und die sofortige Aufhebung aller Menschenleben gefährdenden Verfügungen der Koste-Heineschen Aera.“

Die gelben Landarbeitergruppen tarifunfähig

Entscheidung des Reichswirtschaftsrats

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich in seiner Sitzung am 21. April mit der von der Reichsregierung geplanten Neuregelung der Arbeitszeit für gewerbliche Arbeiter, zu der von Arbeitnehmerseite Anträge auf gemeinsame Behandlung für Arbeiter und Angestellte unter Sicherstellung des Achtstundentages oder mindestens der 48 Stundenwoche eingebracht worden waren. Der Ausschuss einigte sich dahin, die Beschlußfassung bis zur Klärung der Frage in den Abteilungen sowie in der Zentralarbeitsgemeinschaft zu verschieben.

In Fortleitung der Beratung des Antrages Faah und Genossen, in dem Maßnahmen gegen Verhinderung des Abflusses von Lohnarbeitern in der Landwirtschaft gefordert werden, kam zu Anfang eine Beschlußfassung über die durch den Reichswirtschaftsrat anzuerkennenden Grundzüge bei Tarifabschlüssen durch einstimmige Annahme folgender Resolution zustande:

„Der Reichswirtschaftsrat stellt sich auf den Boden der Grundzüge der Zentralarbeitsgemeinschaft vom 15. November 1913 und empfiehlt den übrigen Gewerkschaften, sich auf denselben Standpunkt zu stellen.“

Der Antrag Faah und Genossen selbst fand dadurch seine Erledigung, daß er zugunsten eines Antrags Dr. Köhr, der mit 11 gegen 10 Stimmen (gegen die Stimmen der Arbeitgeber) zur Annahme kam, zurückgezogen wurde. Dieser lautet:

„Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats stellt auf dem Standpunkte, daß nach Wertigkeit und Sinn der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden vom 15. November 1913 sowie des Abkommens der Reichsarbeitsgemeinschaft der Landwirtschaft vom 20. Februar 1920 nur solche Arbeitnehmerverbände tariffähig sind, welche die Merkmale aufweisen, die nach einer gemeinsamen Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der Gewerkschaften wesentliche Bestandteile einer Gewerkschaft sind. Die in pommerschen Landbänden vereinigten Arbeitnehmerorganisationen hält der sozialpolitische Ausschuss demnach nicht für tariffähig.“

Für die geschäftliche Behandlung des Gehelntwurfes betreffend die Schlichtungsordnung wurde die Wahl eines Unterausschusses beschloffen. Die Benennung der Referenten, die die einzelnen Gebiete übernehmen, soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Die Lage im englischen Bergarbeiterstreik

A. Schw. Die Gewerkschaften der Eisenbahner, Transportarbeiter und Bergleute Englands haben im Jahre 1912 eine Allianz geschlossen.

Wir stehen vor der Tatsache, daß diese Allianz zusammengebrochen ist, nicht formell, aber tatsächlich, und das in einem Augenblick, der, wie kein zweiter in der Geschichte ihres Bestehens, die denkbar höchste Entfaltung ihrer Macht und die ängstlichste Auswirkung ihres moralischen Gewichtes erfordert hätte.

Wir stehen vor der weiteren Tatsache, daß durch das Vertragen des Arbeiter-Dreibundes die ursprünglich sehr starke Position der Bergarbeiter schwer erschüttert worden ist. Die jetzt isolierten Bergarbeiter sehen sich jedenfalls der großen Hilfe beraubt, die die Bundesgenossen von 1912 hätten bringen sollen, und wie auch immer das Ergebnis ihrer Anstrengungen aussehen wird, so steht schon heute fest, daß es auch im günstigsten Fall hinter dem zurückbleiben wird, was nach menschlicher Voraussicht hätte erreicht werden können, wenn der Dreibund die Befähigung des Ernstfalles ertragen hätte. Da der Kampf der Bergarbeiter aber nur ein Spezialfall des allgemeinen Kampfes um das Lohnniveau ist, der den englischen Arbeitern in ihrer Gesamtheit bevorsteht, ist sein Ausgang von unmittelbarer Bedeutung für jede beliebige Arbeiterkategorie, der die Brutalität raffaeliger Kapitalisten Lohnminderungen zumutet, die keineswegs in einer entsprechenden Senkung der Preise ihre Rechtfertigung finden, was auf nichts anderes hinausläuft als auf die bewußte Herabdrückung einer Lebenshaltung, die schon jetzt beklagenswert niedrig ist und in vielen Fällen weit unter dem Pegel des dürftigsten Existenzminimums liegt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die englischen Unternehmer der verschiedensten Branchen im Begriffe stehen, die Offensive in Richtung auf dieses Ziel zu ergreifen. Der Einheitsfront der Unternehmer haben die Arbeiter nichts gleiches entgegenzustellen. Die Einheitsfront der Arbeiterschaft ist in der ersten Phase des Kampfes auseinandergefallen, die feierlich angekündigte Waffenhilfe noch vor Beendigung des Aufmarsches, der vielleicht von vornherein nicht ganz ernst, sondern nur als Demonstration gedacht war, widerrufen worden, der Dreibund, der für all dies die Verantwortung trägt, sieht dem Ringen der Bergarbeiter Gemehr bei Fuß zu, negiert die eben noch anerkannte und beäugte Solidaritätspflicht aktiver Eingreifens, mag sein aus sehr triftigen, mag sein aus gebieterisch zwingenden Gründen, was aber nicht hindert, daß diese Negation der Legation seiner Existenzberechtigung in dem konkreten Fall gleichkommt, um den es sich handelt. Mit anderen Worten: die Allianz der Arbeiter ist zusammengebrochen, wenigstens für den Augenblick, und es ist nicht abzusehen, ob, wann und unter welchen Umständen die englischen Arbeiter diese Katastrophe überwinden werden.

Die englische Presse aller Richtungen, einschließlich der proletarischen, widmet den dadurch aufgerührten Problemen eingehende Betrachtungen, die naturgemäß nicht weniger widersprechend sind wie die unterschiedlichen Ideologien, von denen sie getragen werden. Uebereinstimmend wird jedoch fast allgemein darauf hingewiesen, daß der Umfall des Dreibundes in erster Reihe darauf zurückzuführen sei, daß die Exekutive der Bergarbeiter von ursprünglich rein ökonomischen Forderungen zu solcher politischer Prägung gekommen wäre. Hätte sie sich darauf beschränkt, gegen die viel zu unermittelte und viel zu weitgehende Drosselung der Löhne Front zu machen, so hätte sie sich nicht nur die Sympathie des Dreibundes bewahrt, sondern auch aus billig denkenden Kreisen des Bürgertums wertvolle Unterstützung erhalten. (Tatsächlich stand ursprünglich nahezu die ganze öffentliche Meinung keineswegs auf Seiten der mit den Grubenbaronen verbündeten Regierung, was in Deutschland unmöglich wäre.) Die wachsende Politisierung der Aktion hätte jedoch, so wird weiter gesagt, sowohl die öffentliche Meinung, wie auch die Genossen vom Dreibund mehr und mehr der Bewegung entfremdet, bis sie schließlich sich selbst überlassen war, wie sie es jetzt ist.

Dem gegenüber ist festzustellen, daß die angebliche Politisierung in dem Gedanken der nationalen Löhne erblüht wird. Dieser Forderung liegt der Gedanke zugrunde, daß im ganzen Lande für gleiche Arbeit gleicher Lohn gezahlt werden sollte. Die Realisierung dieser Forderung setzt gewisse Maßnahmen voraus, die in der Linie der sozialistischen Entwicklung liegen und dem kapitalistischen Prinzip stracks zuwiderlaufen, vor allem die Schaffung einer nationalen Gewinnkasse, die die Engländer Pool nennen, und es ist sehr wohl denkbar, daß eine Maßnahme dieser Art, die ein gutes Stück effektiven Sozialismus in sich schließt, über die zunächst betroffene Klasse der Bergbauern hinauswirkend das ganze individualwirtschaftliche System revolutionär beeinflussen würde. Das ändert aber keinen Augenblick etwas daran, daß die Forderung an und für sich eine rein ökonomische ist. Daß sie geeignet ist, politische Folgen nach sich zu ziehen, spricht nicht für das Gegenteil, sondern beweist nur, was keinem W.C.-Schüler des Marxismus erst bewiesen werden muß, daß und wie sehr ein zwangsläufige Wechselwirkung zwischen Ökonomie und Politik besteht. Die englischen Bergarbeiter hätten die Forderung nach nationalen Löhnen selbstverständlich auch aus politischen Gründen erheben können, ohne daß ihr grundsätzlich ökonomischer Charakter dadurch berührt worden wäre. Tatsächlich haben sie sie aber aus der rein ökonomischen Erwägung herausgestellt, daß die Löhne in den weniger rentierenden Revieren selbst bei den höchsten Ansprüchen unbedeutend lässen.

Daß Kapitalisten und im Banne ihrer Schlagworte stehende Kreise zur Parole Lloyd Georges vom „politischen“ Bergarbeiterstreik schwören, ist nicht verwunderlich und bestätigt nur aufs Neue, wie gut dieser Klugheit und bewußteste Schrittmacher des Kapitals seine Pappenhelmer Tennat. Daß aber auch Arbeiterführer diese Parole akzeptieren, — und das haben die Leiter des Dreibundes getan, welche Motive sie auch sonst noch für ihr Verhalten gehabt haben mögen, — zeigt an einem schlagenden Beispiel, wie gering noch immer die Einsicht in die grundlegenden Tatbestände des Gesellschaftslebens und wie viel zähe Aufklärungsarbeit noch zu leisten ist, um die Arbeiterbewegung zu dem zu machen, was sie eigentlich längst sein müßte, wenn man bedenkt, daß sie eine große und lange Vergangenheit hat.

E. S. London, 22. April.

Die Konferenz der englischen Bergarbeitervertreter fand heute um 10 Uhr vormittags statt. Es wurde Mitteilung gemacht von einer Erklärung des Minis-

präsidenten, in der dieser die Vertreter der Bergarbeiter und Besucher zu einer Besprechung in die Downingstreet einladet. Die Regierung rechnet damit, daß es ihren Anstrengungen gelingen werde, Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Besitzern einzuleiten. Aber die Bergarbeiter scheinen einstweilen nicht geneigt, eine verständlichere Haltung zu beobachten. Sowohl die Vertreter der Bergarbeiter als auch der Grubenbesitzer haben die Einladung angenommen. Die Beratungen haben stattgefunden, sind aber auf Montag verlagert worden. Ihr Ergebnis ist noch unbekannt.

Vertrauensvotum für Hodges

London, 22. April. (Reuter.)

Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter nahm eine Vertrauensstimmungsordnung für den Sekretär und den Vollzugsausschuß an und protektierte gegen die offizielle Erklärung des Arbeiterdreibundes über den Widerruf des Streiks. Die Berichte aus den einzelnen Bergwerksdistrikten unterstützen sämtlich die Forderung nach einem nationalen Lohnamt und nach Rationalisierung der Bergwerke.

Die Transportarbeiter von Südwales erklärten, daß sie Steinkohlen aus Frankreich, Deutschland und Amerika nicht liefern würden. Nach einem Bericht der „Westminster Gazette“ stehen 45 Gruben unter Wasser.

Der amerikanisch-japanische Konflikt

London, 22. April.

„Daily Mail“ meldet aus New York, daß der frühere amerikanische Marineattaché Daniels erklärte, die Vereinigten Staaten können auf die Kabelrechte und auf Yap nicht verzichten, selbst wenn es darum zum Krieg gekommen sollte. Er hoffe indessen zusehends, daß ein Krieg mit Japan vermieden werden könne.

Nach Meldungen aus Tokio erklären japanische Blätter, daß die Forderung der Vereinigten Staaten bezüglich Yaps unvernünftig sei, und billigen, daß das japanische Kabinett beschlossen hat, trotz der Note der Vereinigten Staaten keine Veränderung der japanischen Politik in dieser Frage eintreten zu lassen.

In Washington wurde unter Führung des Senators Johnson eine Organisation gegründet, um die Fische in den Weststaaten über den Ausschluß der Japaner sicherzustellen.

London, 22. April.

Laut Reuter erfährt der Washingtoner Korrespondent der „Associated Press“, daß Japan und Frankreich den amerikanischen Grundbesitz hinsichtlich der Verteilung der deutschen Kabel in der Donnersagstunde der Konferenz über die Verkehrswege angenommen haben. Während die Einzelheiten der Kabelangelegenheit noch nicht festgesetzt sind, wird doch die Annahme des amerikanischen Standpunktes, wie man erwartet, eine baldige Regelung aller dieser Fragen ermöglichen. Ebenso wird angeklagt, daß die tatsächliche Verteilung der Kabel im Stillen Ozean aufgehoben wird, bis die Yap-Frage entschieden ist.

Die Zierde der Nation

Wie die Reichswehr in Mitteldeutschland für Ordnung sorgte

Die Reichswehr hat in Mitteldeutschland nur in vereinzelten Fällen und mit kleinen Formationen in die Kämpfe eingegriffen. Dabei ist sie ihren alten Gewohnheiten treu geblieben und hat sich an den Gefangenen in einer so schweren Weise vergriffen, daß die Kulod- und Karlsheiter wieder lebendig vor uns steht. Am Mittwoch wurde darüber vor dem Ausnahmegericht in Halle ein Bild entrollt, das wir zur Kennzeichnung des Geistes, der die Reichswehr befeht, einer dreizehnten Deffentlichkeit übergeben wollen.

Angelagt waren der Schloffer Otto Krüger (22 Jahre alt), der Lokomotivheizer Otto Walschfeld, der Arbeiter Franz Riederer (32 Jahre alt) und der Betonarbeiter Franz Tschakowski. Die Angeklagten haben an den Vorfällen in Bitterfeld teilgenommen und sollen später den Zug nach Gröbers, Wettin und Beesenstädt mitgemacht haben. Auf dem Heimweg nach Bitterfeld wurden sie von der Reichswehr verhaftet und unter den schrecklichsten Mißhandlungen zunächst nach Bitterfeld und dann nach Halle gebracht.

Der Angeklagte Otto Krüger erklärt über seine Leidenszeit: „Wir wurden bei unserer Festnahme von der Reichswehr ins Gesicht geschlagen, dann an das Auto getrieben und wieder geschlagen, auf das Auto verladen und auf dem Wege nach Bitterfeld in der unmenslichsten Weise mit Keulen und Prügel geschlagen und getreten. Ein Unteroffizier „vernahm“ uns zu seinem „Berggänger“ während der Fahrt: er stellte ständig Fragen und gab bei jeder Antwort Ohrfeigen. In Bitterfeld wurden wir in eine Schule gebracht, in der die Reichswehr lag. Wir wurden zunächst unbarmerzig geschlagen. Dann kam ein Offizier herein und fragte: Ist die Kompagnie zusammen? Als die Frage bejaht wurde, wurden wir zur Kompagnie gebracht, und alles schlug und stieß mit Gewehren und Karabinern mit Stahlhelmen, Riemen, Stöden und Kolben auf uns ein. Sie benahmen sich nicht wie Menschen, sondern wie das Vieh!

Wir mußten uns dann das Blut abwaschen, man ließ uns jedoch keine Ruhe, sondern machte mit uns vor der Kompagnie Spieghelkäufe, wobei man uns erneut mit Riemen und Koppelschnallen schlug. Wir wurden dann in Beders Hotel in Bitterfeld geführt, wo wir vernommen wurden. Während der eine vernommen wurde, wurden draußen die anderen geprügelt. Wenn daher in dem ersten Protokoll mehr als die Wahrheit steht, so ist dies nur unter dem Einfluß der Schläge und Mißhandlungen geschehen.

Darauf wurden wir zur Polizei gebracht. Auch dort nahm es kein Ende, sondern ein Reichswehrunderoffizier nahm dort einen Gewehrriemen und schlug uns Hälften damit ins Gesicht. Es ist ein Wunder, daß uns das Augenlicht und unser Leben erhalten blieb. Wir wurden dann ins Gerichtsgefängnis gebracht, von dort zum Frühlings nach Halle auf den Bahnhof. Beim Heranstreten gab es wieder Prügel, ebenso bei der Ankunft auf dem Bahnhof. Wir mußten mit „Hände hoch“ in die Wagen steigen mit der Anweisung, uns darin auf den Bauch zu legen. Schon auf der letzten Stufe bekamen wir einen Stoß, daß wir auf den Bauch fielen. Im Wagen saßen dann die jungen Reichswehrojodaten über uns her, schlugen, traten und mißhandelten uns erbarungslos. Dabei wurden wir wieder vernommen, jede Antwort mit Hieben bestraft. Im gemeinsamen wurde ein Unteroffizier; der Gefangene stand vor ihm; er schrieb ihn an: „Man muß Euch die ... weg-treten, damit Ihr keine Kommunisten mehr machen könnt!“ und trat ihn mit aller Gewalt in den Unterleib!!! In Halle wurden wir von der Sipo abgeholt und in die Moritzburg gebracht. Hier wurden die Mißhandlungen fortgesetzt.“

Voritzender: „Ich weiß bestimmt, daß hier keine Mißhandlungen mehr vorgekommen sind.“

Angelagter: „Und doch sind die Mißhandlungen fortgesetzt worden; man hat die Leute geholt, wir haben aber das Schmerzensgeschrei gehört und die Blutlachen gesehen!“

Ebenso der Angeklagte Riederer, ein früherer Sergeant mit dem Eisernen Kreuz 1. und 2. Klasse, erklärt: „Nach unserer Festnahme wurden wir in Ostrau geschlagen und an die Wand gestellt, ins Auto verladen und mißhandelt, in Bitterfeld in die Schule gebracht und geschlagen, dann dort von Unteroffizieren „verhört“ und bei jedem Wort ins Gesicht geschlagen ... auf den Fußboden geworfen und

wieder mißhandelt ... vor die vom Leutnant zusammengepackte Kompagnie geschleppt, mit Kolben, Riemen und Koppelschnallen unbarmerzig mißhandelt, mit einem schmutzigen Wasser begossen ... wieder ins Zimmer gebracht, wo man aus meinen Papieren feststellte, daß auch ich Sergeant gewesen sei, und von neuem geschlagen worden ... dann auf die Polizei gebracht und mit Riemen ins Gesicht und Augen geschlagen worden ... Aus dem Gefängnis wurde ich wieder mit Schlägen abgeholt, auf dem Bahnhof mit Schlägen empfangen, ... im Zuge von Reichswehrojodaten geprügelt worden, auf dem Baude liegen müssen und wieder mißhandelt werden. Raum in der Moritzburg angekommen, kam ein Leutnant: „Ein Sergeant ist auch bei den Noten? Wo ist das Schwein?“ Darauf holte man mich vor und schlug mich erblos lang, daß ich mich nicht bewegen konnte, mit Riemen und Kolben; ich mußte dann trotz völliger Kraftlosigkeit eine Stunde lang auf dem Baude kriechen, wobei mit den Kolben „nachgeholt“ wurde. Ein anderer Gefangener wurde in der Moritzburg in Halle so mißhandelt, daß er leblos auf einem Auto fortgebracht wurde.“

Die Aussagen der Angeklagten machten selbst auf das Ausnahmegericht einen schmerzlichen Eindruck. Es folgte folgendes Urteil: Krüger 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Walschfeld 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Riederer 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Tschakowski 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

Dem Bericht ist eigentlich nichts mehr zuzufügen. Es wird jetzt vielleicht auch denen, die es noch nicht wußten, verständlicher, warum die Reichswehr durchaus in die mitteldeutschen Kämpfe eingreifen sollte. Sie sollte durch Mißhandlungen, wie die vorstehenden, die Arbeiterschaft berati reizen, daß sie in die Bewegung zwangsläufig hineingezogen worden wäre. Dann wollte die Reichswehr mitamt der Orgel und den Kappisten „Ordnung“ schaffen und die Militärdisziplin errichten.

Wir fragen nun Herrn Geheer, was er zu seinen Schillingen sagt, die derartig bestialisch mit Gefangenen umsprungen? Schämt er sich nicht dieser Taten? Und noch mehr: Geheer, Secht und alle höheren militärischen Führer sind für die Taten ihrer Untergebenen indirekt verantwortlich zu machen. Sie haben bisher nichts getan, um den Ungeist, der die Reichswehr befeht, auszurotten. Noch weniger ist bisher ein ernsthafter Versuch unternommen worden, irgendeine von der Reichswehr verübte Untat zu sühnen. Die Straffreiheit, die den Verbrechern in Uniformen gewährt wird, wirkt anreizend für neue Verbrechen. Deshalb ist auch die Justiz mitverantwortlich für diese Gräueltaten, wie sie vor dem Ausnahmegericht in Halle geschahen wurden. Die Reichswehr aber hat in ihrer Gesamtheit keinen Anspruch darauf, milder beurteilt zu werden, solange sie derartige Elemente nicht austilgt und sie der verdienten Strafe zuführt.

Kinder auf der Anklagebank

Unter dem Vorhild von Landgerichtsdirektor Braun wurden am Freitag wieder einige Zettelverleiher vom Ausnahmegericht zu Gefängnisstrafen verurteilt. Ein Schnapsverleiher Jurisch wurde wegen fahrlässiger Tötung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Jurisch äußerte sich in einer Rede im angeklagten Zustande, daß es zu Wilhelms Zeiten doch besser gewesen sei. Er kam deswegen mit einem gewissen Havemann in Worsfelde, der schließlich dem Angeklagten einige Ohrfeigen versetzte. Jurisch griff in angeblicher Notwehr zur Waffe und gab auf 5. einen tödlichen Schuß ab. Der Staatsanwalt hatte als Strafe ein Jahr und sechs Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht fällt nach kurzer Beratung obiges Urteil.

Nach Erledigung dieses Falles etablierte sich das Gericht als Kindergerichtshof. Zwei fünfzehnjährige und ein siebzehnjähriger Junge mußten auf der Anklagebank Platz nehmen, weil sie am Bahnhof Weißensee Flugblätter mit der Generalkriegsankündigung verteilt hatten. Der Herr im Talar, der am Plage des Staatsanwaltes saß, namens Jäger, beurteilte den Fall als „sehr schwer“. Die Kinder wären sich so sagte er, voll und ganz bewußt gewesen, daß sie eine strafbare Handlung begingen, denn sie seien Mitglieder der Jugendorganisationen. Dieser Herr Staatsanwalt brachte es fertig, für diese Kinder je drei Wochen Gefängnis zu beantragen.

Der Rechtsanwält, Genosse Dr. S. Weinberg, rückte diese unerhörte Tatsache, daß Kinder wegen Flugblattverteilens ins Gefängnis gesteckt werden sollen, ins rechte Licht und forderte Freispruch. Das Urteil lautete auf Freispruch. Als geradezu unerhört muß es bezeichnet werden und härtesten Protest muß es herausfordern, daß einer der fünfzehnjährigen Angeklagten 14 Tage in Untersuchungshaft gehalten wurde. Herr Justizminister, wie denkt sich das mit Ihren Ausführungen im Reichstag?

Aus der Partei

Genossin Luise Zieg erkrankt

Genossin Zieg ist vor einigen Tagen schwer erkrankt und wird sich deshalb voraussichtlich für einige Zeit von jeder öffentlichen Betätigung fernhalten müssen. Sie ist daher auch nicht imstande, die eingegangenen Verpflichtungen auf Teilnahme an Konferenzen und Uebernahme von Referaten zu erfüllen. — Wir selbst wünschen der Genossin Zieg baldige und vollständige Genesung.

Ausschneiden!

Saupterpedition der „Freiheit“

Zum die

Druckfache

Berlin G2
Breite Straße 8-9



Groß-Berlin

Die Einkommensteuererklärung

Auf eine Anfrage im Reichstag hat der Finanzminister geantwortet, daß er die Finanzämter angewiesen habe, zur Befreiung der Schwierigkeiten, die sich aus den kürzlich beschlossenen Änderungen des Einkommensteuergesetzes ergeben, den Steuerpflichtigen ein Merkblatt zugänglich zu machen. Dieses Merkblatt solle auch in den in Betracht kommenden Tageszeitungen veröffentlicht werden. Schließlich sind die Finanzämter angewiesen, bei der Durchführung der Veranlagung dafür Sorge zu tragen, daß — soweit irgend möglich — das steuerbare Einkommen nach Maßgabe der nunmehrigen Vorschriften des Gesetzes festgestellt wird. Insbesondere sollen Steuerpflichtige, bei denen die durch die Novelle vom 24. März 1921 eingetretenen Änderungen von Bedeutung sind, im Beanstandungsverfahren erforderlichenfalls auf diese Änderungen hingewiesen und zur Verichtigung ihrer Steuererklärung veranlaßt werden.

Die Beachtung dieser Anweisung durch die Berliner Finanzämter erscheint uns dringend notwendig. Sie haben bisher noch nicht einmal die öffentliche Aufforderung zur Einreichung der Steuererklärung in allen Tageszeitungen veröffentlicht und tragen dadurch einen erheblichen Teil der Schuld, daß noch so viele Unklarheiten bei den Steuerpflichtigen bestehen. Es wäre auch endlich an der Zeit, daß das Landesfinanzamt den Sitz der Büros der verschiedenen Finanzämter bekanntgibt. Bei dem jetzigen Zustand werden viele Steuerpflichtige nicht in der Lage sein, ihre Steuererklärung rechtzeitig abzugeben und das müßig ohne ihr Verschulden.

Das Lesebuch der Republik

Die drei Bände des Berliner Lesebuchs für die Gemeindeschulen befinden sich im Druck. Damit niemand auf den naiven Gedanken kommt, der Charakter unseres Staates als Republik finde irgendeinen Ausdruck in dem Kernstoff für unsere Kinder, wollen wir aus dem neugedruckten Lesebuch einiges zitieren. Alle geschmacklosen und widerlich-byzantinischen Geschichten über die Hohenzollern, mit deren Hilfe den preussisch-deutschen Untertanen ihre Aneignung anezogen wird, sind in dem neuen Lesebuch im alten Umfange verzerrt.

Friedericus Rex, der große Held, kam siegreich aus dem Kriegesfeld, und wenn er durch die Straßen ritt, so ließen alle Kinder mit.

Sie stellten sie wohl auf die Zeh'n den lieben Vater Fröh zu seh'n.

Kann es wohl ein schöneres Beispiel geben, um den Kindern Sinn für Rhythmus und Poetik beizubringen?

Angesichts der Tatsache, daß die Eltern der Kinder darüber empört sind, wie man den Hohenzollern Vermögen nachwirft, wird in diesem Lesebuch die alte Legende von dem sparsamen Hohenzollern ausgewärmt. Seite 246 finden sich Anekdoten von Friedrich Wilhelm III., in denen rührend erzählt wird, wie er einem armen Handwerker und einer armen Familie geholfen habe. Seite 247 wird erzählt, wie der König und seine Gemahlin ein einfaches Leben auf ihrem Gute lebten, in einem „einfachen Herrenhaus“, das sich der König so hatte erbauen lassen, „wie es für einen armen Gutsherrn paßt“. Seite 248 wird erzählt, wie die königliche Familie 1806 flehen mußte. Seite 249-50 wird von Rannesmut preussischer Beamten vor dem Kaiser Napoleon berichtet. Seite 251 steht ein rührendes Lesebuch über den Tod der Königin Luise, dem folgt eine Erzählung von König Friedrich Wilhelm III., die den jugendlichen Lesern glauben machen soll, daß ein Hohenzollernkönig sich jedes einzelnen Untertans erinnere, der einmal mit einer Bitte zu ihm gekommen ist. Auf Seite 253 werden die Kinder darüber belehrt, wie Fürst Bismarck sein erstes Ehrenzeichen erwarb.

Mit Bismarck kommt das Lesebuch auf die Zeit Kaiser Wilhelms I. Es wird erzählt von dem berühmten Esdenster seines Palais, vor dem die neue Wache vorbeimarschierte. Damit man sieht, wie sorgfältig die monarchistische Erziehung durch das Lesebuch der Republik erfolgt, wollen wir wörtlich zitieren:

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Nach dem Romanfragment übertragen von Hermann J. W. Müller

Copyright by Der Wallat-Verlag Berlin-Gatow 1921

(M. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Engels Taschen seien vollgestopft gewesen, Peter habe angenommen, sie würden das Attentat sofort ausführen und habe Mc Givney antelephoniert. Während er telephonierte, seien ihm die Leute entwischt, er habe nicht gewagt, dies Mc Givney mitzuteilen, sei die ganze Nacht im Park umhergewandert. Frühmorgens habe er in seiner Tasche den Zettel gefunden, begriffen, daß die Verschwörer ihn aufforderten, mitzutun. Dies sei alles, bis auf einige Worte, die Joe Engel und Jerry Rudd miteinander gesprochen hatten. Nell ließ Peter diese Worte auswendig lernen und schärfte ihm ein, er dürfe sich unter keinen Umständen an mehr oder an weniger erinnern.

Endlich war Peter genügend vorbereitet, begab sich auf Nummer 427 des American-Houses und warf sich aufs Bett. Er war demnach erschöpft, daß er einschliefe, doch schredte ihn stets der Gedanke an neue Fragen auf, die Mc Givney an ihn richten könnte. Endlich hörte er, wie sich der Schlüssel im Schloß umdrehte. Er fuhr auf. Einer der Detektive, ein Mann namens Hammet, trat ein. „Hallo, Gidgel!“ sagte er. „Der Vorgefakte will Sie verhaften lassen.“

„Verhaften!“ schrie Peter. „Guter Gott!“ Er sah sich im Geiste mit Notizen in eine Zelle eingeliefert, gezwungen, abermals Elendsgeschichten zu lauschen.

„Ja“, meinte Hammet. „Wir verhaften alle Notizen, es würde auffallen, wenn Sie allein entkämen. Geben Sie gleich auf die Straße und lassen Sie sich erwischen.“

Peter sah ein, dies sei notwendig. Er überlegte eine kleine Weile, beschloß dann, Miriam Jankowitschs Wohnung als Ort seiner Verhaftung zu wählen. Sie war eine echte Kote und konnte ihn nicht leiden. Wird er bei ihr verhaftet, so wird sie ihn gern haben müssen, außerdem wird dies seine Stellung bei den Linken stärken. Er gab Hammet die Adresse und fügte hinzu:

„Kommen Sie nur bald, es ist nicht unmöglich, daß sie mich hinauswinkt.“

„Gut“, lachte der andere. „Sagen Sie ihr, die Polizei verfolge Sie, sie möge Sie verstehen.“

„Ein leichtes, freudiges Aufatmen geht durch die Menge, und die Häupter entziehen sich zum ehrfurchtsvollen Gruß; denn hinter den Spiegelrahmen des Eschenstuhls seines Arbeitszimmers ist das ehrwürdige Antlitz des Kaisers erschienen. Mit prüfendem Auge blickt er nach jedem Gliede der vorbeimarschierenden Reihe, bis der letzte Mann vorüber ist. Solange wartet die Menge stumm, dann aber bricht plötzlich ein donnerndes Hoch aus vielen Hunderten von Rufen, und immer aufs neue, wenn der Kaiser mit mildem Lächeln grüßend das Haupt neigt, wiederholt sich der Hurraus. So geistlich es inaus, tagen. Jahr um Jahr. Und die Glücklichen (!), die den Herrscher sahen, werden noch ihren Entzün von jener Stunde erzählen.“

Es läßt sich sicher darüber streiten, ob diese „Glücklichen“ diese Erzählung gerade durch das Lesebuch der Republik wiederholen müssen.

In diesem Stille geht das Lesebuch weiter, und der Abschnitt über die Hohenzollern schließt mit geradezu widerlich-sentimentalen Entzün über die „Herzensgüte unserer Kaiserin“ und dem monarchistischen Hauptgelang „Heil Dir im Siegerkranz“.

Wir wissen sehr wohl, daß die Ideologie der herrschenden Gesellschaft dasjenige Gebiet ist, auf dem die Herrschaften jede Neuerung am meisten fürchten und am heftigsten bekämpfen. Um so größer müssen die Anstrengungen von unserer Seite sein, daß dieser Lesebuch durch andere ersetzt wird, weil er nicht nur der Befreiung widerspricht, sondern auch den einfachsten Regeln des guten Geschmacks. Die Kinder werden durch dieses Lesebuch in einer so fittlichen Art und Weise zu Untertanen erzogen, daß, wenn man als Freund der Jugend dieses Buch in die Hand bekommt, man es nur mit Gefühlen des Eils lesen kann. Deshalb soll mit diesem Schmarren aus den Berliner Schulen!

Der erste Versuch einer Gemeinschaftsschule

In der letzten Sitzung der Berliner Deputation für die äußeren Angelegenheiten der höheren Schulen wurde über einen Antrag auf Gewährung einer Beihilfe an die Untersekunda des Humboldt-Gymnasiums, die in den Monaten Mai und Juni auf der im Tegeler See gelegenen Insel Schorfenberg wohnen und unterrichtet werden wird, verhandelt. Dort sind von einer anderen Magistratsdeputation die dazu notwendigen Räume zur Verfügung gestellt worden. Der Unterricht auf der Insel wird von drei Lehrern des Humboldt-Gymnasiums erteilt werden, und zwar soll er, außer bei schlechtem Wetter, auf der Insel im Freien erfolgen. Man erhofft von dieser Gemeinschaftsschule eine Fülle von Anregungen für die Schüler, besonders für den Unterricht in Erdkunde und in Naturwissenschaften. Die Jüglinge sollen ferner auch gemeinschaftlich ihre Mahlzeiten einnehmen, ferner in den Nachmittagsstunden spielen und im Garten arbeiten. Der Antrag des Humboldt-Gymnasiums wurde in der Deputation von den Vertretern aller Fraktionen, von der Deutschen Nationalen Volkspartei bis zur F. A. B. D. mit Freuden begrüßt und angenommen. Wenn dieser erste Versuch glücken sollte, wollen auch andere Berliner Schulen den Anregungen des Humboldt-Gymnasiums folgen.

Die Beeren- und Pilznutzung als staatliche Einnahmequelle

Vom Landwirtschaftsministerium wird uns geschrieben:

Die Gebühren für das Sammeln von Beeren und Pilzen werden in diesem Jahre erhöht werden. Auf den ersten Blick könnte das als eine Härte erscheinen. Ursprünglich hatte die Verwaltung der Staatsforsten auch den Grundjah verzerrt, daß das Sammeln von Beeren und Pilzen nicht zu einer Einnahmequelle für den Staat ausgebaut werden sollte.

Das war aber nur richtig für eine Zeit, in der im wesentlichen die Bedürftigen und Schwachen die guten Gaben der Wälder einlammelten, sie im eigenen Haushalt verbrauchten oder sich durch Verkauf nur einen geringen Nebenverdienst verschafften.

In dem letzten Jahrzehnt hat sich aber die Lage auf dem Beeren- und Pilzmarkt stark geändert. In immer größeren Massen werden Pilze und Beeren der Volksernährung zugeführt und sind deshalb auch im Preise erheblich gestiegen. Der Wert der in den Staatsforsten geernteten Beeren und Pilze betrug 1906 schätzungsweise schon 20 Millionen Mark. An dieser Nutzung der Staatsforsten war die Staatskasse selbst aber durch die niedrigen Gebühren für die Sammelbewilligung mit nur 26.000 Mark beteiligt. Deshalb ging damals die Forstverwaltung allmählich zur Erhöhung der Gebühren über. Schon 1914 sollte eine Neuordnung der Gebühren nach einem Stufenstarif erfolgen. Der Krieg hat das verhindert. Im Gegenteil galt es, die Nahrungs-

mittel, die der Wald in reichem Maße bietet, der allgemeinen Volksernährung dienlich zu machen. Und deshalb ermächtigte das preussische Landwirtschaftsministerium die Jettelgebühren damals auf 3 Pf. für das ganze Jahr. Inzwischen haben sich die Preise für Beeren und Pilze phantastisch erhöht und in gleichem Maße auch die Verdienste der Berufs-sammler u. Sammler. Tagesverdienste von über 100 Mark sind keine Seltenheit mehr. In einer Oberförsterei wurde an Beeren und Pilzen von den Sammlern ein höherer Betrag aus den staatlichen Forsten erzielt, als die Forstverwaltung selbst aus dem Holzschlage vereinnahmte. Bei vorsichtiger Schätzung kann man feststellen, daß im letzten Herbst an Beeren und Pilzen Werte von über 350 Millionen Mark aus den Staatsforsten herausgeholt wurden.

Angesichts der schwierigen Lage der Staatsfinanzen erscheint es geboten, daß die Forstverwaltung an dieser Nutzung der staatlichen Wälder wenigstens einigermaßen beteiligt ist. Die Gebühren könnten für die Sammelbewilligung auf wenigstens 10-15 Mark jährlich festgelegt werden, ein Betrag, der von den Sammlern in ganz kurzer Zeit bequem eingedreht werden kann.

Früher galt das Beeren- und Pilzsammeln als Nebenverdienst der Kerntzen der Armen. Heute ist es ein wichtiger und lohnender Erwerb geworden, der aber erst ermöglicht wird durch das große Entgegenkommen, das der Staat der Sammelbewilligung durch Freigabe der Pilz- und Beerenbewilligung der Staatsforsten erteilt. Bei der Neuordnung der Gebühren müßten soziale Rücksichten in weitestem Maße genommen werden. Bedürftige Erwerbsfähige oder in der Erwerbsfähigkeit Beeinträchtigte, insbesondere also Kriegsbeschädigte, würden bei der Festlegung der Gebühren zu bevorzugen sein; ebenso die Waldarbeiter und ihre Angehörigen.

Stoffdiebstähle aus dem Postauto

Bei ihren Beobachtungen stehen Beamte der Kriminalpolizei auf Stoffe, von denen sie zunächst annahmen, daß sie aus Entwürfen in hiesige Konfektionshäuser kammen. Die Ermittlungen ergaben jedoch, daß diese Vermutung nicht zutrifft. Nach Beobachtungen der Beamten die Fahrwerke, um auf diesem Wege die Quelle der Waren zu ermitteln. Sie haben, wie auf offener Straße aus einem Postauto, das der Aushilfschauffeur Otto Bener aus Alt-Neubühl 72 führte, Stoffballen auf einen Handwagen überladen und mit diesem weggeschafft wurden. Die Spur führte nach dem Postamt, auf dem Bener beschäftigt war. Hier wurden durch unauffällige Beobachtungen auch die eigentlichen Diebe ermittelt. Es waren der Postkassierer Gustav Planck aus der Poststraße 33, der auf dem Amt die Befahrung zu überwachen hatte und der dort ebenfalls beschäftigt: Postkassierer Johann Stürmer aus Lichtenberg. Planck sorgte dafür, daß überdies Ballen mit Stoffen in das Auto geladen wurden und ließ sie so hindrücken, daß sie unterwegs sofort herausgehoben und herausgenommen werden konnten. Der Postkassierer Stürmer fuhr dann mit einem Handwagen hinter dem Auto her, lud die Sachen an geeigneten Stellen über und brachte sie zunächst entweder in seine oder in Plancks Wohnung. Von hier aus wurden sie dann verschoben. Die drei Postkassierer wurden verhaftet.

Eine vierzigköpfige Einbrecher- und Schlerbande festgenommen

In den letzten zwei Jahren sind die westlichen Berliner Vororte Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf u. a. durch Hunderte von Einbrüchen in häuslicher Aufregung erhalten worden. Die Täter hatten es hauptsächlich auf kostbare Teppiche abgesehen und nahmen auch gelegentlich Silberfachen mit, wenn sie ihnen mühelos in die Hände fielen. Nach monatelangen Bemühungen ist es jetzt gelungen, die ganze Einbrecherbande samt den Helfern dingfest zu machen. Der Wert der gestohlenen Teppiche beläuft sich auf viele Millionen.

Im Dezember v. J. gelang es der Kriminalpolizei, zwei der Täter, den Chauffeur Karl Zoll und den Kellner Fröh Lech, auf frischer Tat zu ergreifen. Lech führte die Einbrüche aus, während Zoll in seinem Auto die Beute abtransportierte. Die Anzahl der gestohlenen Teppiche war so groß, daß im Postpräsidium eine große Teppichausstellung veranstaltet werden konnte, aus der vielen der Bestohlenen ihr Eigentum im Werte von mehreren Millionen wieder zurückgegeben werden konnte. Der Haupttäter, ein aus der Arenastadt Landberg einwanderter Rudolf Heide, flüchtete nach Holland. Ein Rumpat, der Landwirt Winfried von Glog, konnte zwar festgenommen werden, wurde aber wegen Geisteskrankheit vom Richter wieder entlassen und sollte schließlich seine Schindeldienste fort. Als Helfer wurden der Teppichhändler Paul Engelmann, der Schlosser Richard Bransch, der Juwelier Arthur Bernheim, der Kaufmann Gabriel Schwarz und der Kaufmann Wilhelm Krügel in Berlin verhaftet. Die meisten Teppiche wurden schließlich nach dem Einbruch zu Berlin nach dessen Geschäftsfloß Dallmannstraße 1 gebracht. Ein

Peter streifte eilends dem jüdischen Viertel zu und klopfte im obersten Stockwerk einer Mietstube an eine Tür. Eine dicke Frau mit aufgerollten Armen, die Hände mit Seifen-schaum bedeckt, öffnete. Ja, Miriam sei daheim, sagte Frau Jankowitsch, habe zur Zeit keine Arbeit, sei wegen ihrer sozialistischen Ansichten entlassen worden. Miriam trat ins Zimmer, warf Peter einen eiskalten Blick zu, der deutlicher als Worte sagte: „Jennie Todd!“

Doch änderte sich all dies, da Peter berichtete, er sei im Hauptquartier der J. W. W. gewesen und habe dort die Polizei vorgefunden. Anscheinend sei Hausdurchsuchung gewesen, irgendetwas entdeckt worden. Ihn sei es gelungen, undemerkelt zu entkommen. Miriam führte ihn in ein Innenzimmer, stellte hundert Fragen, die Peter nicht zu beantworten wußte. Er wisse gar nichts, sei am vorbeigehenden Abend bei einer Versammlung im Hauptquartier gewesen, habe sich heute morgen ein Buch dort holen wollen, die Menge und die Polizei gesehen und sei fortgelaufen.

Etwas eine halbe Stunde später wurde bestig an die Tür gepöpselt. Peter kroch hastig unter das Bett. Die Tür ward aufgerissen, laute zornige Stimmen erklangen, heftige Proteste von Miriam und deren Mutter. Nach den Geräuschen zu urteilen, waren die Eindringlinge alle Möbel durchsuchend. Wälsch erschien unter dem Bett eine Hand, packte Peter beim Knöchel, zog ihn heraus. Er stand vor vier uniformierten Polizisten!

Es war eine peinliche Situation. Anscheinend hatte man die Polizisten nicht davon verständigt, daß Peter ein Spion sei, die Trolche glaubten, sie hätten einen wirklichen Verschwörer erwischt. Der eine packte Peters Handgelenke, ein zweiter hielt den Revolver gegen ihn und Miriam gerichtet, ein dritter durchsuchte Peters Taschen nach Bomben. Da keine zum Vorschein kamen, schlenen die Polizisten sich zu ärgern, sie schüttelten, pufften Peter, ließen durchblicken, daß sie bloß nach einem Vorwand suchten, um ihn den Schlädel einzuschlagen. Peter hütete sich wohl, ihnen einen derartigen Vorwand zu geben, er war ängstlich und demütig, erklärte unablässig, er wisse nichts, habe nichts Unrechtes getan.

„Das werden wir schon leben, junger Mann“, sagte der Polizist, da die Fesseln am Peters Handgelenk zusammenklirrten. Während einer der Polizisten mit erhobenem Revolver verbarste, durchsuchten die anderen drei das Zimmer, rissen Laden auf, warfen alles heraus, griffen nach

jedem beschriebenen Papier, das sie in eine Reisetasche stopften. Sie fanden rotgebundene Bücher mit erschreckenden Titeln, doch keine Bomben, an Waffen kam nichts Gefährlicheres als ein Rückenmesser ans Tageslicht. Unheimlicher wirkte Miriams Junge. Das Mädchen stand da mit funkelnden schwarzen Augen und sagte den Polizisten, was sie von ihnen halte. Sie wisse nicht, was im Hauptquartier der J. W. W. vorgefallen war, jedenfalls aber war es eine abgeklärte Sache. Die Polizei solle nur wagen, sie zu verhaften. Es fehlte nicht viel, und die Polizei wäre ihrer Aufforderung nachgekommen, doch begnügte sie sich schließlich damit, das Wochsfah samt Inhalt umzufahren, verließ dann das Zimmer, in dem Frau Jankowitsch inmitten eines Seifensees schreiend stand.

46.

Peter wurde durch eine wild wimmelnde Menge gezerrt, in ein Automobil gestochen, das ihn mit rasender Schnelligkeit aufs Postgebäude brachte. Hier wurde er in eine Zelle eingesperrt. Er fühlte sich äußerst unbehaglich, hatte er doch vergessen, mit Hammer zu vereinbaren, wie lange er in Haft bleiben sollte. Doch verging bloß eine Stunde, bevor der Wärter erschien und Peter in ein Privatzimmer führte, wo er Mc Givney, Hammet, den Polizeikommissar, einen Distrikts-Staatsanwalt und Guffey vorfand. Der erste Detektiv des Truffs ergriff das Wort.

„Kun, Gudge“, sagte er, „was haben Sie uns da für eine Geschichte aufgebunden?“

Peter war, als habe er einen Schlag ins Gesicht bekommen. Das Herz fiel ihm in die Hosen, er riß den Mund auf, starrte wie ein Idiot. Dann fielen ihm Nells letzten feierlichen Worte ein: „Durchhalten, Peter, durchhalten!“ Er fragte: „Was meinen Sie, Herr Guffey?“

„Sehen Sie sich dorthin“, sprach Guffey, „und erzählen Sie uns die ganze Geschichte. Vom Anfang an.“ Peter gehorchte, berichtete von der Versammlung der J. W. W., auf der die Latenzhaftigkeit der Organisation angegriffen worden war und ein Vorgehen gegen die Dienstpflicht gefordert wurde. Peter erging sich in Einzelheiten, Gewalt, Dynamit, Laibschlag, die Erwähnung Nells Atermans und anderer Kapitalisten, die aus dem Weg geräumt werden sollten. Aldies schmiedete er aus, übertrieb fürchtbar, denn Nell hatte ihm gesagt, hier dürfe er dies tun.

(Fortsetzung folgt.)

anderer Teil der Beute kam zu einer Frau Mantel, der Schwester des Teck, in Verwahrung, die im Hause Sobelstraße 49 in Charlottenburg wohnte und die Geliebte des flüchtigen Missetätigers war. Die Kriminalpolizei legte ihre Nachforschungen fort und kam einer zweiten Einbrecherfamilie auf die Spur. Man ergriff die Gebrüder Brenner und Sauer und bei einem Einbruch in der Kolonie Grunewald auch Adelheid, der nach Berlin zurückgeführt war. Mit ihnen im Bunde standen der Artift Friedrich, genannt Fred, und der Drochsenfischer Treber. In einem Pensionat am Kurfürstendamm 17 bei Fräulein Sanger trafen sämtliche Mitglieder der Bande zusammen und feierten mit Strafendinnen manche nächtliche Orgie. Brenner eröffnete im Hause Kollstraße 32 ein Weinstübchen, dessen Besucher fast nur aus Mitgliedern dieser Einbrecherbande bestand. Aus dieser Zeit datieren zahlreiche Einbrüche, die Gebrüder Brenner und Sauer verübten. Brenner etablierte sich dann als thymischer Hausbesitzer in Neudamm. Ein getreues Mitglied dieser Bande ist ein gewisser Erich Kessel. Als Helfer dieser Teppichdiebe verhaftete man den Buchbinder Alfred Richter, den ehemaligen Oberkellner Göhmann. Der Annoncen-Aquiseur Max Schmed, der in Schmaragdberg, Hohenzollernpark 43, wohnt, hat seit 1919 bis in die letzten Tage dauernd Teppiche verschoben. Seine „Geschäftsverbindungen“ erstreckten sich bis nach Dänemark. Schmed verschwand mit dem Kistenschlüssel eines gewissen Juda, den er von einem Wilhelm Bachhof erhalten hatte. Jetzt konnte Schmed in Leipzig festgehalten werden. Zur weiteren Aufklärung der riesigen Teppichdiebstähle ist es von höchster Wichtigkeit, wenn sich alle diejenigen Personen melden, die von den Tätern etwas wissen. Auch die Käufer, von denen ein Teil der Kriminalpolizei schon bekannt ist, mögen sich umgehend beim Kriminal-Assistenten Rahmann im Zimmer 96a des Polizeipräsidiums melden, um nicht in den Verdacht der Hehlerei zu geraten.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Referenzversammlungen Dienstag, den 26. April, abends 6 Uhr, in Berlin, im Rathaus, Zimmer 103, 3 Treppen. Referat des Sen. Crispian über: „Unserer Raubzüge am 1. Mai.“

12. Verwaltungsbezirk. Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade. Sonnabend, den 23. April, abends 8 Uhr, Rathaus Mariendorf, Zimmer 26, Fraktionsführung der Stadträte und Bezirksverordneten, dazu Vorstände und kommunale Kommission.

U. S. P. Elternbeiräte des 14. und 15. Bezirks und die Schulen des 2. Bezirks, 82, 99, 107, 128, 143, 157, 164, 1, 22, 178, findet ihre Besprechungen am Donnerstag, den 24. April, abends 7 Uhr, im Rathaus, Zimmer 103, 3 Treppen. Referat des Sen. Crispian über: „Unserer Raubzüge am 1. Mai.“

12. Verwaltungsbezirk. Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade. Sonnabend, den 23. April, abends 8 Uhr, Rathaus Mariendorf, Zimmer 26, Fraktionsführung der Stadträte und Bezirksverordneten, dazu Vorstände und kommunale Kommission.

U. S. P. Elternbeiräte des 14. und 15. Bezirks und die Schulen des 2. Bezirks, 82, 99, 107, 128, 143, 157, 164, 1, 22, 178, findet ihre Besprechungen am Donnerstag, den 24. April, abends 7 Uhr, im Rathaus, Zimmer 103, 3 Treppen. Referat des Sen. Crispian über: „Unserer Raubzüge am 1. Mai.“

Kommunaler Volkshilfesausschuss Reinickendorf. Vorstellungen des kommunalen Rationierungsausschusses am Sonnabend, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, in der 5. Schule, am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Realgymnasium. Eintritt für Kinder 75 Pf., für Erwachsene 1,50 M.

Veränderung des Brandenburgischen Provinziallandtages. Der Brandenburgische Provinziallandtag hat, wie wir erfahren, in seiner letzten Sitzung beschloffen, dem Provinziallandtag, der am nächsten Dienstag, 26. d. M., zur Haushaltsberatung zusammenzutreten sollte, die Wiederaufnahme seiner Tagung erst in den Tagen nach Pfingsten zu empfehlen. Bis dahin soll der Haushaltsauschuss des Provinziallandtages den Entwurf des Haushaltsplanes vorbereiten.

Keine Briefkästen an der Straßenbahn. Bereits vor längerer Zeit ist anlässlich der Einführung von Briefkästen an Straßenbahnhöfen in Hamburg auch die Frage geprüft worden, ob eine derartige Einrichtung auch für Berlin in Frage kommen könnte. Hierbei ist besonders darauf hingewiesen worden, daß eine derartige Einrichtung in Berlin die Beförderung der Briefe und Telegramme zu beschleunigen im Stande sein würde. Die nähere Prüfung und der Vergleich der Hamburger mit den Berliner Verhältnissen jedoch zeigt, daß eine solche Beförderung von ständigen Briefkästen durch die Straßenbahn sich im Einzelnen in Berlin nicht erreichen läßt. Die durch die Binnenschiffe in Hamburg in zwei Teile verteilte Stadt Hamburg macht es notwendig, daß sämtliche überhaupt bestehenden Straßenbahnlinien entweder am Hauptbahnhof oder am Hauptpostamt vorbeifahren müssen. Die Straßenbahnen bedienen dort auch den weitaus größten Teil der Vororte in einem erheblich weitem Umfange als dies in Berlin der Fall ist. Hier läßt sich also unter Annahme verhältnismäßig geringer Mittel ein bezüglicher Briefkastenbetrieb einrichten. Anders dagegen in Berlin. Von den über 160 Linien der Straßenbahn fahren nur die wenigsten am Hauptpostamt vorbei, während es einen Hauptbahnhof in Berlin überhaupt nicht gibt, da die Fernstraßen meist in Kopfbahnhöfen endigen, die noch nicht einmal alle von ein und derselben Straßenbahnlinie miteinander verbunden werden. Abgesehen aber von dieser ungünstigen Lage der Bahnhöfe, hat Berlin ein weitaus wertvolleres Mittel zur Beförderung der ständigen Briefschaften im Stadtbereich. Dies ist die Hauptpostanstalt, die Hamburg trotz seiner Größe heute noch nicht besitzt. Mit Hilfe der Hauptpost können Sendungen mit einer Geschwindigkeit von 60 Kilometer in der Stunde von einem zum anderen Postamt befördert werden. Diese Geschwindigkeit sichert den auf diesem Wege beförderten Sendungen einen Vorsprung, der durch die Straßenbahnbeförderung, und sei sie noch so bequem, niemals erreicht werden kann.

Zur besseren Beförderung der Kirchhofbesucher in Stahnsdorf werden vom nächsten Sonntag, den 1. Mai ab, folgende Züge von der Stadtbahn nach der Station Stahnsdorf/Friedhof durchgeführt: Ab Friedrichstraße 5,57 nachm., bisher nur bis Grunewald, vom 1. ab bis Stahnsdorf, am 6,49 abends. In der Gegenrichtung verkehrt ein neuer Zug ab Stahnsdorf um 7,19 abends nach der Stadtbahn. — Im Verkehrsverkehr wird auf dieser Strecke der Zug ab Friedrichstraße 6,14 abends, der bisher ebenfalls nur bis Grunewald verkehrte, bis Stahnsdorf durchgeführt, wo er um 7,06 abends eintrifft. Als Gegenzug verkehrt ab Stahnsdorf ein neuer Zug um 7,49, der bisher um 8,13 von Grunewald aus über die Stadtbahn verkehrte.

Umlagesteuer beim Verkauf von Pausengegenständen. Infolge der Fälle der neuen Steuerergänzung dürfte es vielfach unbekannt sein, daß schon der Verkauf eines einfachen goldenen oder silbernen Ringes durch eine Privatperson steuerpflichtig ist. Bei den Umlagesteuerämtern gehen täglich zahlreiche Anzeigen über Privatverkäufe ein, die abgesehen von der Einziehung des Steuerbetrages von 15 vom Hundert des Verkaufspreises, noch sehr oft zu einer Besteuerung wegen Steuerhinterziehung führen. Auch wenn ein Verkauf mit Verlust verknüpft ist oder aus Not geschieht, ist die Steuer zu entrichten. Rücklich wurde ein Kaufmann, der zwei Brillantringe für 30 000 Mark verkaufte, von einem Umlagesteueramt Groß-Berlins zur Zahlung des Steuerbetrages von 5550 Mark herangezogen. Ueber die Art und Weise der Entrichtung der Pausensteuer erteilen die Umlagesteuerämter bereitwillig Auskunft.

Der neue Neidliche Komet ist über Erwarten hell geworden; sein Lauf ist gegen Norden gerichtet und hat ihn in so bequemer Höhe gebracht, daß er schon nach Untergang der Sonne sehr gut zu beobachten ist. Ueber diesen Kometen, wie auch über den jetzt wieder aufgefundenen Pons-Wienerischen Kometen wird der Direktor der Dreptow-Sternwarte, Dr. Richenholz, am Sonntag, den 24. April, vormittags 11 Uhr, in der Schauhaus in Berlin, Königsrüher Straße 121, einen Sonder Vortrag mit zahlreichen Licht- und Photographien unter dem Titel: „Der neue Komet, Kometensucht und „Aberglaube“ halten. Karten bei Reichheim und Sternwarte.

Zur Auffklärung des Einbruchs bei der Baronin v. Gallas in der Haberlandstraße, bei dem die Diebstahls für 200 000 M. Silberzeug, Pelze usw. erbeuteten, kann ohne Zweifel ein Chauffeur viel beitragen, der die Verhältnisse besördert hat, ohne zu wissen, daß sie gestohlen waren. Dieser Chauffeur wird am vergangenen Sonntag vor dem Reichsanwalt Götze in der Landshuter Straße 33, als er um 10 1/2 Uhr abends von einem Mädchen nach der Ecke der Landshuter und Barzessstraße bestellt wurde. Das Mädchen war ohne Zweifel eine Helfershelferin der Einbrecher. Der Chauffeur folgte dem Auftrag. An der Strohkade wurden drei Koffer auf das Verdeck seines Wagens geladen und dann die Fahrt angetreten. Unter Hinweis auf die Beförderung von 30 000 Mark wird der Chauffeur ersucht, sich entweder im Zimmer 87 des Berliner Polizeipräsidiums, oder im Kriminalbureau 3 in der Wilhelm-Hauff-Straße in Schöneberg zu melden.

Gewerkschaftliches

Bauarbeiter und Wohnungselend

Die Aufgaben der Gewerkschaften werden immer vielfältiger und es genügt heute nicht mehr, nur ökonomische Vorteile für die Verbandsmitglieder zu erkämpfen, die meistens durch vielfache Steigerungen aller Lebensbedürfnisse schnell genug gegenstandslos werden, sondern die Verbände sind auch gezwungen, im weitesten Sinne Wirtschaftspolitik zu treiben, um letzten Endes der ganzen Arbeiterschaft zu dienen.

Der Zentralverband der Bauarbeiter hat einen kleinen, acht Seiten langen Kurzus an die Mitglieder herausgegeben, der in konkreten Vorschlägen Forderungen an den Staat und die Gemeinden stellt, die geeignet sind, sowohl dem Wohnungselend als auch der Arbeitslosigkeit abzuhelfen. Es wird festgestellt, daß rund 60 000 Verbandsmitglieder arbeitslos sind, und die Unterhaltungen nicht ausreichen, um die Not der arbeitslosen Familien der Bauarbeiter zu bannen. Es wird die Frage aufgestellt, wie heute eine Besserung herbeizuführen ist.

Mit den alten Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes allein, ist heute eine Besserung der Lebenslage der Arbeiter nicht mehr herbeizuführen, das haben die letzten Jahre zur Genüge bewiesen.

Der Verbandsvorstand der Bauarbeiter hat sich insbesondere bemüht, dem Elend abzuhelfen und in mehreren Eingaben an die Reichs- und Landesbehörden sowie an die Gemeinden das Verlangen gestellt, produktive Arbeit zu beschaffen. Am 1. Februar fand eine Konferenz der bauwerksgewerkschaftlichen Verbandsvorstände in Berlin statt, um dem Reichstag den ganzen Ernst der Lage vor Augen zu führen. Die Konferenz verlangte zur Förderung des Kleinwohnungsbauens die sofortige Bewilligung von 1 1/2 Milliarden Mark, außerdem die Schaffung eines Gesetzes, das den Wohnungsbau dauernd auf eine gesicherte Grundlage stellt. Desgleichen soll ein Erlaß eines Notgesetzes die Förderung des Wohnungsbauens vorläufig in die Wege leiten. Diese 1 1/2 Milliarden Mark sind inzwischen von der Reichsregierung zur Verfügung gestellt worden und es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß das Jahr 1921 den Bauarbeitern doch mehr Arbeit bringen wird. Das Ministerium aber spekuliert mit der Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung und geht darauf aus, nicht nur den Existenzkampf zu bedrohen, sondern trotz freier Preise aller Lebensbedürfnisse einen Lohnabbau vorzunehmen. Es wird deshalb angerufen: „Seid wachsam! Schließt Euch zusammen Mann für Mann!“

Gerade im Baugewerbe ist die Einigkeit und Geschlossenheit dringend notwendig. Die Einführung von Ferien und die Regelung der Lehrlingsfrage ist noch nicht in Angriff genommen worden. Die Arbeitgeber im Baugewerbe fühlen sich heute stark, weil in den Reihen der Bauarbeiter Zwietracht herrscht und sie glauben, die Bauarbeiter noch mehr zerrütten zu können. Diese Hoffnung der Unternehmer gilt es zu zerschlagen zu machen.

Es wird auf die Wölfe im Schafspel hingewiesen, die als Feinde des Verbandes charakterisiert werden. Das Ziel muß aber die weitere Vereinstellung, die Einheitsorganisation aller bauwerksgewerblichen Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands sein. Der Bauarbeiterverband erstreckt die Einführung der Betriebsdemokratie, die Wahl von den Bauarbeitern auf jede Arbeitsstelle, ebenso müssen alle Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes voll ausgeführt werden. Da es mit der Sozialisierung nicht vorwärts geht, weil Dummheit und Egoismus dem entgegenstehen, so ruft der Verband zur Selbsthilfe auf.

Der Verband sozialer Baubetriebe versucht mit Hilfe der Bauarbeiter die Sozialisierung des Baugewerbes vorwärts zu treiben. Er gibt verzinste Schuldscheine und Schuldscheine aus, um die Spargehälter der deutschen Bauarbeiter der Sozialisierung zu nutzen zu machen.

Über eine halbe Million Bauarbeiter waren im letzten Jahr im Verbandsorganisiert. Rund 70 000 Bauarbeiter sind in den ersten sieben Monaten des Jahres 1920 dem Verbands beigetreten. Die Verbandsarbeit muß verdoppelt werden, um den letzten unterorganisierten Bauarbeiter dem Verbands zuzuführen. Die Stüge, die der deutsche Bauarbeiterverband seinen Mitgliedern angedeihen läßt, zeigt sich aus folgenden Angaben:

Für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung wurden rund 5 1/2 Millionen Mark aufgewendet, für Streikunterstützungen sind in den ersten drei Quartalen 1920 circa 9 1/2 Millionen Mark ausgezahlt worden. Diese ungeheuren Summen erwiesen sich als notwendig, obwohl die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Reichstaxen geregelt waren! — Der Neubausvertrag für die Bauarbeiter steht bevor, denn Ende März 1921 laufen die heutigen Verträge ab. Die Unternehmer rufen wieder zu einer Generaloffensive, um die Arbeitsbedingungen und Löhne zu verschlechtern. Diese Verschlechterungen gilt es zu vereiteln durch Schaffung einer festen, leitfähigen, finanziell gesicherten Organisation.

Wenn alle anderen Verbände innerhalb ihres Wirkungsbereiches ähnliche Arbeit leisten, Staat und Gesellschaft und ihre Mitglieder unterstützen und wenn auch auf politischem Gebiet die notwendigen Konsequenzen gezogen werden, dann ist die Hoffnung nicht unberechtigt, daß wir langsam einer Gesundung entgegengehen werden.

Aufruf

Kollegen vom Verband der Hand- und Kopfarbeiter!

Der Verbandstag am 16. und 17. April hat mit einem Erlaß der Richtung Politik ergriffen, die in ihrer angeblich unpolitischen Tendenz und ihrer bewußt unklaren, auf Täuschung der Mitglieder beruhenden Agitationen euren Interessen in keiner Weise gerecht wird. Wahrung proletarischer empfindender Männer können auf diesem Wege, der zur Zersplitterung des Proletariats und sozialer der Angehörigen führen muß, nicht weiter mitgehen. Es gilt derartigen Eigenbrödeln entgegenzutreten und sich in die breite Front des klassenbewußten Proletariats einzureihen. Darum fordern wir euch auf, aus diesem von einer kleinen Clique von Phantasten geleiteten Gemeindefeld herauszutreten und da Anschlag zu suchen, wo die große Masse eurer Kollegen vereint ist.

Soppe. Sjaligonski.

Streik der Angestellten in der Metallindustrie in Breslau

Von der Zentralleitung wird uns mitgeteilt, daß die Bewegung am Mittwoch früh in einem Umschwung eingeleitet hat, der selbst von den Organisationen nicht vorausgesehen war. Aus diesem Grunde traten in den Betrieben der Metallindustrie schon nach wenigen Stunden derartige Störungen ein, daß die Arbeitseinstellung sich betonhaft hat, an die Leitung der Arbeiterorganisationen folgende 3 Forderungen zu stellen: 1. Es sollen besonders qualifizierte Arbeiter sofort zu Verarbeitern ernannt werden, um die Produktion zu leiten. 2. Es sollen besonders zuverlässige Arbeiter zur Material- und Werkzeugausgabe herangezogen werden. 3. Es sollen geeignete Arbeiter zur Auszahlung von Löhnen an die Arbeiterkassen bereit gestellt werden. Auf Grund dieser Forderungen traten bereits am Mittwoch nachmittags sämtliche Betriebsvertrauensmänner der freien Arbeitervereinigungen zu einer Beratung zusammen, die nach kurzer, sachlicher Überlegung und Aussprache zur einstimmigen Ablehnung der drei Forderungen führte. Die Zentralleitung beschloß ebenfalls in später Abendstunden mit diesen drei Punkten, umal die Streikleitung nach wie vor bemüht ist, jede unnötige Härte bei der Durchführung des Kampfes zu vermeiden. Die Zentralleitung sagte infolgedessen den Beschluß, Maßnahmen durchzuführen, damit der Arbeitseinstellung am Wochenende durch Verhandlungen zur Auszahlung gebracht werden können. Es wird der Arbeiterschaft überlassen bleiben, von diesem Angebot

Gebrauch zu machen. Auch am Donnerstag dauerte der Streik unvermindert fort. Es ist sogar von einer — wenn auch nicht bedeutenden — weiteren Ausdehnung des Kampfes zu sprechen. Dadurch, daß die Sicherheitspolizei durch ihre Mannschaften in nach Meinung der Streikenden unnötigen Schärfe gegen die Streikposten vorgeht, kam es sogar zu verschiedenen bedauerlichen Zusammenstößen. Die Streikleitung ist nach wie vor gewillt und bemüht, solche Zusammenstöße zu vermeiden. Beschwerde über das Verhalten einzelner Mannschaften ist bereits beim Polizeipräsidium eingereicht.

Buchbinder

Heute findet die Wahl der Angestellten zur Ortsverwaltung in den bereits befamigtem Lokalen statt. Aus der aufgestellten Liste empfehlen wir unseren Genossen die folgenden Mitglieder: Zum 2. Kassierer Petermann, Brandenburger Kadunde und Bielemer, Lokalanstellenleiter Peil und als weibliche Hilfskraft Menzel.

Metallarbeiter! Arbeitslose!

Montag, den 25. April, vormittags 11 Uhr, findet im Lokal von Hummel, Sophienstr. 3, die Zusammenkunft der Delegierten und Vertrauensleute aller Branchen statt. Erscheinen aller ist erforderlich.

Holzarbeiter

In dem Beitritt von Rosinski, Sargfabrik, Prinz-Albert-Straße 13, sind die Differenzen beigelegt. Die Sperre ist somit aufgehoben. Als neugewählter gilt der Beitritt von Hartwig, Möbelwerk, Bopplitz 3. Seit längerer Zeit befinden sich die Kollegen dort im Ausland, und es war trotz eifriger Bemühungen der Organisation nicht möglich, die Differenzen beigelegen zu können. Vor Zutritt wird gewarnt. Arbeiterfreundliche Blätter werden gebeten, diese Notiz abzurufen. Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltung Berlin.

U. S. P. Saitler, Tapezierer und Portefeuillier. Montag, den 25. April, abends 7 Uhr, im „Alexandiner“, Alexandrinerstraße 37a, wichtige Versammlung. Vortrag über die politische Lage und die Gewerkschaften. Ferner Stellungnahme zur Generalversammlung. Kollegen, die nicht Mitglieder der U. S. P. sind, aber ihr nachsehen, haben ebenfalls Zutritt.

Arbeiterport

Reichsbanner Arbeiterklub 1920 (M. v. U. I. und S. M.). U. S. P. Sportplatz Berliner Straße, hinter der Glashütte. Im Gruppe 2 der Wöchentlichen Spielbelegungen findet am Sonnabend, den 23. April, die Wöchentliche im U. S. P. Tournoi statt. 6 Uhr Herbst 1 — U. S. P. 1. Sonntag, den 24. April, Gruppe 4: Teutonia 1 gegen den Sieger der Wöchentlichen. 7 1/2 Uhr: Borussia 1 — Sportverein Reinickendorf 1. 1 Uhr: Teutonia 2 — U. S. P. 2. 3 Uhr: Teutonia 1 (Jugend) — U. S. P. 1 (Jugend).

Parteiliche und Arbeiter-Sportvereine Reinickendorf. Eine Verammlung der Vertreter der Arbeiter-Sportvereine und aller sozialistischer Vereine Reinickendorf findet am Sonntag, den 24. April, im Arbeiter-Sportplatz, Kolonnen, in einer Besprechung mit den Vorgesetzten der Vereine. Der V. S. P. sollte in einem Komitee mit, das er sich nicht selbst bilden sollte, die U. S. P. in einem Komitee mit, das er sich nicht selbst bilden sollte, die U. S. P. in einem Komitee mit, das er sich nicht selbst bilden sollte.

Aus den Organisationen

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, vormittags 10 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8-9, Fortsetzung des Kurzus des Genossen Dr. Lämken über: „Erörterung praktischer Schul- und Erziehungsfragen vom sozialistischen Standpunkt aus.“ Die leitenden Gedanken des ersten Vortrages werden kurz noch einmal besprochen, so daß auch neue Hörer am Kurzus teilnehmen können.

18. Bezirk. Tafel abholen bei Kutzner, Jannitschplatz 5.
15. Bezirk. Tafel abholen bei Kutzner, Jannitschplatz 5.
15. Bezirk. Tafel abholen bei Kutzner, Jannitschplatz 5.

Sonnabend, 23. April

- 1. Bezirk. Abends 7 Uhr alle Abteilungsleiter zur Abrechnung, Hauptbahnhof 1. N. Rebe, Schöneberg.
- 2. Bezirk. Die Abteilungsleiter werden abends 7 Uhr in einer Besprechung im Arbeiter-Sportplatz, Kolonnen, in einer Besprechung mit den Vorgesetzten der Vereine.
- 3. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 4. Bezirk. Nach haben eine Anzahl Genossen die Parteileitung von den Parteimitgliedern nicht abgelehnt, so daß am 23. April, abends 7 1/2 Uhr, bei Kutzner, Jannitschplatz 5, ein Komitee abgesehen wurde, das die Parteimitglieder abgesehen wurde, das die Parteimitglieder abgesehen wurde.
- 5. Bezirk. 3. Abteilung. Genossen und Parteimitglieder, welche noch nicht im Besitz von Parteimitgliedschaften sind, werden am Sonntag, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr, im Arbeiter-Sportplatz, Kolonnen, in einer Besprechung mit den Vorgesetzten der Vereine.
- 6. Bezirk. Abends 7 Uhr Arbeiterversammlung in der Schulze Kollender Straße 31. Abteilungsleiter werden abgesehen, so daß am 23. April, abends 7 1/2 Uhr, bei Kutzner, Jannitschplatz 5, ein Komitee abgesehen wurde, das die Parteimitglieder abgesehen wurde.
- 7. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Arbeiterversammlung in der Schulze Kollender Straße 31. Abteilungsleiter werden abgesehen, so daß am 23. April, abends 7 1/2 Uhr, bei Kutzner, Jannitschplatz 5, ein Komitee abgesehen wurde, das die Parteimitglieder abgesehen wurde.
- 8. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Arbeiterversammlung in der Schulze Kollender Straße 31. Abteilungsleiter werden abgesehen, so daß am 23. April, abends 7 1/2 Uhr, bei Kutzner, Jannitschplatz 5, ein Komitee abgesehen wurde, das die Parteimitglieder abgesehen wurde.
- 9. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Arbeiterversammlung in der Schulze Kollender Straße 31. Abteilungsleiter werden abgesehen, so daß am 23. April, abends 7 1/2 Uhr, bei Kutzner, Jannitschplatz 5, ein Komitee abgesehen wurde, das die Parteimitglieder abgesehen wurde.
- 10. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Arbeiterversammlung in der Schulze Kollender Straße 31. Abteilungsleiter werden abgesehen, so daß am 23. April, abends 7 1/2 Uhr, bei Kutzner, Jannitschplatz 5, ein Komitee abgesehen wurde, das die Parteimitglieder abgesehen wurde.

Sonntag, 24. April

- 1. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 2. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 3. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 4. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 5. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 6. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 7. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 8. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 9. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 10. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.

Montag, 25. April

- 1. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 2. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 3. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 4. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 5. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 6. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 7. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 8. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 9. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 10. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.

Vereinskalender

Sonntag, 24. April

- 1. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 2. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 3. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 4. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 5. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 6. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 7. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 8. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 9. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 10. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.

Montag, 25. April

- 1. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 2. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 3. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 4. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 5. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 6. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 7. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 8. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 9. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.
- 10. Bezirk. Arbeiterklub abholen beim Gen. Weniger, Jannitschplatz 5.

Zum 1. Mai

Wir demonstrieren!

3 Lieder für Massengesang
50 Pfennig
Organisationen und Händlern hoher Rabatt
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2
Breite Straße 89

Der Zusammenbruch der Koalitionspolitik

Preussischer Landtag

Freitag, den 22. April, Nachmittagsession.

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Erklärung des Staatsministeriums.

Scheinopposition der Rechtssozialisten

Abg. Siering (Soz.): Das deutsche Volk befindet sich in einer außerordentlich schweren Lage. In dieser durch die äußeren und inneren Verhältnisse außerordentlich ernsten und schweren Zeit sind wir ohne Rat in eine schwere Regierungskrise hineingekommen. Das Parlament, das am 20. Februar gewählt wurde und am 10. März zum ersten Male zusammentrat, hat glücklich am 22. April eine Regierung bekommen. Wir haben zweimal einen Ministerpräsidenten, wenn auch denselben, wählen müssen, um endlich ein Kabinett zu bekommen, an dessen Stirn der Vertrauensbruch, der Wortbruch und die Umfälle der Parteien stehen. (Sehr richtig! b. d. Soz. — Lebhaftes Pfui-Rufe rechts und in der Mitte.) Das Kabinett, das sich heute vorgestellt hat, ist

besetzt mit dem Vertrauen der Deutschnationalen.

(Sehr richtig! b. d. Soz. — Unruhe rechts.) Der Ministerpräsident spricht in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten, in dem er seinen Rücktritt mittelteil, von einer „irrigem Votumsetzung“, unter der bei der vorhergegangenen Wahl Stimmen auf ihn entfallen seien; bei uns hat eine irrige Voraussetzung niemals bestanden. (Sehr richtig! b. d. Soz.), sie ist bei Ihnen (zum Ministerpräsidenten) Freunden gewesen. Nach dem Ergebnis der Wahl vom 20. Februar, in der die bisherigen Koalitionsparteien nebeneinander in treuer Waffenbrüderschaft (!!!) gestanden haben. (Aha-Rufe rechts. — Lebhaftes Hör! Hör! b. d. Komm. u. Unabh. — Zuruf rechts: Haben Sie eine Ahnung von Waffenbrüderschaft?) — Ich verstehe Ihre Entrüstung nicht; Sie wissen, daß der Wahlkampf sowohl von Ihnen (nach links), wie von Ihren Freunden von rechts mit dem Ziele geführt wurde, die bisherige Koalition zu beilegen. Der Erfolg dieses Wahlkampfes war der, daß die alte Koalition diesen Wahlkampf glänzend bestanden hat (Lachen rechts.), obwohl der Wahlkampf gegen sie mit allen Mitteln der Verlogenheit geführt worden ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gleich nach der Wahl waren auch die Blätter der Koalitionsparteien im allgemeinen damit zufrieden, daß man die Aufrechterhaltung der bisherigen Koalition als das Gebotene ansah, während Ihre Blätter (nach rechts) aus der Wahlüberlage einen Wahlsieg gemacht haben. (Heiterkeit rechts.) Dennoch sollte unter allen Umständen diesem Hause und dem Lande eine Regierung aufgezwungen werden, die diesem Willen des Volkes entgegenstand. Bevor die sozialdemokratische Fraktion zu der Frage der Regierungsbildung überhaupt Stellung nehmen konnte, hatten sich Demokraten und Zentrum festgelegt, nur eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei zu machen. Entgegen dieser Ansicht haben wir vom Tage der Verhandlungen an bis zum letzten Augenblick gegenüber den Herren, mit denen wir verhandelt haben, niemals eine Stunde irgendeinen Zweifel darüber gelassen, daß wir eine Ehe mit der Deutschen Volkspartei nicht einzugehen beabsichtigen. (Zuruf b. d. U. Soz.: Und in Mecklenburg?) Wenn wir hätten feststellen müssen, daß die alten Koalitionsparteien in diesem Hause nicht mehr die Mehrheit gehabt hätten, wäre es nicht ausgeschlossen gewesen, daß hier eine ähnliche Zusammenstellung gekommen wäre wie in Mecklenburg. (Lebhaftes Hör! Hör! auf der Linken.)

Angeichts der wichtigen Entscheidungen der nächsten Zukunft bedauern wir, daß die neue Regierung ihren Stützpunkt in der Deutschen Volkspartei, in der Deutschnationalen Volkspartei sucht. (Sehr richtig bei den Soz.) Glauben Sie denn wirklich, meine Herren vom Zentrum und Demokraten, und Sie, Herr Ministerpräsident Stegerwald, daß Sie die Demokratisierung der Verwaltung mit den Parteien der Rechten machen können? (Sehr gut b. d. Soz. — Zuruf: Will er ja gar nicht!) Wenn das das ausreichte demokratische Bürgerrecht ist, das uns am Mittag mitteilt, es mache kein Geschäftministerium, und sich dann wenige Stunden später bereits völlig festgelegt hat, dann läge ich nicht zuviel, wenn ich erkläre: Dieses Ministerium trägt den Stempel des Wortbruchs und der täglichen Umfälle auf der Stirn. (Lebhaftes Zustimmung b. d. Soz. — Erregte Pfui-Rufe in der Mitte.) Der Jubel der Rechtsprelle über die Regierungsbildung müßte Ihnen beweisen, daß das Ziel, das sich die Rechte gestellt hat, durch Ihr Streikgehaltnen glücklich erreicht ist. (Sehr gut b. d. Soz.) Ohne die Sozialdemokraten werden Sie aber nicht regieren können. (Sehr wahr b. d. Soz. — Aha-Rufe b. d. Komm.) Wir legen diesem Ministerium den allerhöchsten Kampf an. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.) Wir verlangen politische Männer an der Spitze, die dem Wohle des Vaterlandes dienen wollen, nicht solche, die niemand verpflichtet sind, die keiner Partei angehören oder angehören wollen. In der Regierungserklärung finden wir nichts über Arbeiterfragen, nichts über die Handarbeiter, kein Wort über die Demokratisierung der Verwaltung. Herr Stegerwald, der Arbeiterführer des Zentrums (Hör! Hör! b. d. Soz.) ist dem Druck von rechts erlegen. Nach außen hat das Kabinett eine kleine Basis: noch kleiner als in der Reichsregierung; in Wirklichkeit ist sie größer.

Sie reicht von Hergt bis Dominicus.

(Sehr richtig bei den Soz.) Soweit ist es mit der demokratischen Partei gekommen! Herr Stegerwald wäre in der Lage gewesen, ein Kabinett zu schaffen, das im Volke Vertrauen gefunden hätte, wenn er die bisherigen Koalitions-

parteien zur Bildung des neuen Kabinetts aufgefordert hätte. (Zuruf im Zentrum: Das haben Sie unmöglich gemacht.) Nein, das waren nicht wir; das Koalitionskabinett ist an Ihrem (zum Zentrum) Eigenwillen gescheitert. (Widerspruch rechts und im Zentrum.) Wie wollen Sie Ruhe und Ordnung im Lande aufrechterhalten. (Zuruf des Abg. Paul Hoffmann: Wenn kein Genering mehr ist!)

Der Ministerpräsident wird nur regieren können, wenn er den Parteien entgegenkommt, die den Rapp-Putsch aus innerster Ueberzeugung begrüßt und unterstützt haben. (Sehr wahr b. d. Soz.) Eraberger gehört diesem Hause nicht an, sonst wäre eine solche Regierung wahrscheinlich nicht zustande gekommen. Im Bunde mit monarchistischen Parteien trägt Stegerwald die von seiner Partei mitgeschaffene Verfassung zu Grunde. (Sehr wahr b. d. Soz. — Unruhe im Zentr.) Ein solches Ministerium, gegründet auf die größte Feindschaft gegen die Sozialdemokratie, kann von uns keinerlei Unterstützung erwarten. Wir kündigen ihm hiermit unseren Kampf an. (Bravo b. d. Soz. — Pfui-Rufe rechts.) Hoffentlich ist das Dasein dieser Regierung ein kurzes, damit schnell bewiesen wird, daß heute nicht mehr mit, sondern gegen die Reaktion regiert wird. (Stürmischer Beifall b. d. Soz. — Rufen rechts und im Zentrum.)

Die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien

Abg. Herold (Zentr.): Die jetzige Regierung entspricht dem Wahlergebnis. (Unruhe b. d. Soz.) Deshalb müßte die Regierungsbildung durch die Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei erweitert werden. Den Vorwurf der Treulosigkeit und des Wortbruchs können wir nicht kräftig genug zurückweisen. (Lebhaftes Bravo im Zentrum und rechts.) Diejenige Partei, die von einer Partei, mit der wir jahrelang zusammengearbeitet haben, müssen wir uns energisch verhalten. (Zuruf b. d. Soz.: Wahr ist es doch. — Lärm rechts und im Zentrum. — Abg. Heilmann (Soz.) ruft: Lüge! — Gegenruf rechts: Heilmann und Lüge!) Stegerwald war nach seiner Seite hin gebunden. Die Sozialdemokratie hat sich durch ihr Verhalten selbst aus der Regierung hinauskompromittiert. (Widerspruch b. d. Soz.) Zu dem Programm des Ministerpräsidenten haben wir Vertrauen. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts. — Rufen links.)

Abg. Winke (Dnail): Auch jetzt noch entspricht die Zusammenlegung des Ministeriums nicht dem Wahlausfall, denn diese haben eine weitestgehende Verstärkung der rechten Seite dieses Hauses gebracht. (Sehr wahr! rechts.) Immerhin bedeutet die gegenwärtige Zusammenlegung gegenüber dem bisherigen Kabinett, in dem die Sozialdemokratie die Führung hatte, einen wesentlichen Fortschritt. Der warme nationale Ton in der Programmrede des Ministerpräsidenten hat uns angenehm berührt (Lachen links), ebenso der Ruf zur Einheit. Wir werden das Ministerium bei der Sanierung der Staatssinnanen unterstützen. (Lachen b. d. Soz.) Einem evtl. Vertrauensvotum für das neue Ministerium könnten wir zustimmen. (Lebhaftes Aha-Rufe b. d. Soz.) Unsere weitere Haltung der Regierung gegenüber wird von ihren Taten abhängen.

Abg. Dr. von Ranke (D. Rp.): Die Rede des Abg. Siering war rein parteipolitisch orientiert. Meine Partei bezieht nicht den Revanchekrieg. Herr Siering behauptet, seine Partei habe ein Zusammengehen mit meiner Partei von Anfang an abgelehnt. Ich erinnere mich dagegen an den Brief, den er seinerzeit geschrieben hat. Dem Programm der neuen Staatsregierung können wir zustimmen, wenn es auch etwas allgemein gehalten ist. Das neue Ministerium muß eine einheitliche Politik auf breiter Basis treiben. Wir haben eine Einheitsfront nötig. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Versuchen muß das Rückgrat des Reiches bleiben. Wir begrüßen es, daß die Regierung mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen will. Es darf nicht wieder vorkommen, daß ein Ränderhauptmann weite Teile unseres Landes heunruhigt. (Anhaltender lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Schulz-Neudöhl (Komm.): Die Reaktion hat auf der ganzen Linie gesiegt. Daß die Orgel triumphieren kann, ist das alleinige Werk der Rechtssozialisten. (Zuruf b. d. Soz.: Der Kommunisten.) Die ganze Strenge der Regierung Braun war nicht gegen die Rapprebell, sondern gegen die Arbeiter (Zuruf: Die Verbredner) gerichtet. Will man die Verbesserung in der Reichsregierung durch die Sondergerichte erreichen? Die angekündigte Freiheit des Handels wird nur eine

Freiheit des Wadertums

jein, vor allem des Brotwunders. Wir werden den Arbeitern mit aller Deutlichkeit erklären, daß diese Regierung lediglich die Vertreterin des Brotpolitikismus ist. Der Regierung Stegerwald gebührt der Kampf wie jeder kapitalistischen Regierung; der rechtssozialistischen Partei gehört der Kampf, weil sie dem Kapitalismus die Bahn freigemacht hat. Gleiche Brüder, gleiche Kampfen! Den Endziele erringt das revolutionäre Proletariat in Solidarität mit Sowjetrußland.

Ministerpräsident Stegerwald: Ich habe mir bei der Regierungsbildung von vornherein freie Hand vorbehalten. Von den Verhandlungen, die geführt worden sind, weiß ich nichts. Wie kann man in dieser Schicksalsstunde Deutschlands verlangen, daß ich der Deutschen Volkspartei hier einen Rücktritt verweigere. (Großer Lärm. — Die Rechte u. d. Soz. machen sich erregte Zurufe.) Meine Regierung ist keine Regierung gegen die Sozialdemokraten. Wir werden sachliche Arbeit leisten, und diese wird Ihnen zur Entscheidung vorliegen. Sie wird von sozialem Geist durchdrungen sein. Versagen Sie (zum Hause) um Ihre Unterstützung, dann werden wir uns auf Grund des parlamentarischen Systems sagen:

Unsere Stunde ist gekommen! Wenn man immer wieder mit der Fühlungsnahme nach rechts den Begriff der Reaktion verbindet, so ist das grundfalsch. Ich habe viel Berührungspunkte mit der Mehrheitssozialdemokratie. Ich habe aber auch ein warmes nationales Empfinden. (Lebhaftes Bravo rechts.) Das ist die Verbindungsbrücke nach rechts.

Abg. Ludwig (U. S. P.):

Die Auseinandersetzungen am heutigen Nachmittag, die Herr Siering mit den Parteien begonnen hat, waren sehr interessant. Man dachte an einen Ehescheidungsprozess, wo die beiden Gatten vor dem Richter erscheinen, um sich gegenseitig anzuklagen. Dabei befinden sich die Rechtssozialisten in der Rolle des betrogenen Betrügers. In diese unglückliche Rolle sind sie dadurch gekommen, daß sie von den alten Grundfragen abwichen und glaubten, mit bürgerlichen Parteien Politik gegen die bürgerlichen Parteien machen zu können. Sie (zu den Rechtssozialisten) sind also die betrogenen Betrüger. Und darum: „Wer wird denn meinen wenn man auseinandergeht, wenn an der nächsten Ecke schon — zwei andere stehen!“ Das gilt besonders für die, mit denen die Rechtssozialisten bisher in einer wilden Ehe gelebt haben. Herr Siering sagte, Liebe lasse sich nicht erzwingen. Dann sind eben keine politischen Freunde auf verschiedenen Wegen gezwungen. Sie haben sogar

widernatürliche Unzucht getrieben

und die neue Regierung ist die Frucht dieser Verzerrung. Bekennen Sie sich ruhig zu der Vaterchaft, wir beschuldigen Sie dessen. Sie müssen nun schon sehen, mit ihrem unehelichen Kind fertig zu werden.

Der Herr Minister hat sogar erklärt, daß er die Basis der Regierung nach rechts verbreitern wolle. Das ist die größte Klugheit für eine Partei, die für diesen Minister im ersten Wahlgang gestimmt hat. Die Rechtssozialisten haben damals gemittelt, daß sie ihr Erstgeburtsrecht verzeihen und sich bedingungslos der Zentrumspartei ausgeliefert. Durch das Zusammengehen der Rechtssozialisten mit den bürgerlichen Parteien wurde die Arbeiterklasse geschwächt und es wurde unmöglich gemacht, einen Stroh des gesamten Proletariats nach rechts zu führen. Der Sozialisierungswindel, mit dem im Anfang der Koalitionszeit gearbeitet wurde, war der größte Humbug der Weltgeschichte. Zwei Jahre lang diese Partei in einer bürgerlichen Regierung, jetzt ist sie ausgeschaltet. Das ist der Erfolg. Eine eigenartige Erscheinung ist es, daß alle drei Regierungen, die sich bisher dem Hause vorstellten, unter Ausnahmegehörten, Verlagerungszustand, überfüllten Gefängnissen, Ausnahmegerichten und Presserboten geboren wurden. Das sind die Ergebnisse des

„demokratischen“ Deutschlands.

(Zuruf von rechts: Daran sind Sie schuld und die Revolution!) Die Revolution ist ein Ergebnis des Kriepes, (nach rechts) Ihrer Politik! Wenn das Volk die Verfassung würde, die den Krieg verschuldet haben, würden wir bessere Zustände haben.

Nach acht Wochen haben wir also endlich eine neue Regierung bekommen. Den neuen Herren war es sicher nicht wohl bei dem Empfang, der ihnen von einem großen Teil des Hauses entgegengebracht wurde. Man kann vor einem Staatsministerium Achtung, Mitleid, Haß oder Verachtung empfinden. Für das Ministerium, das einen Heine in seinen Reihen hatte, empfanden meine Freunde bitteren Haß. Das Ministerium Siering wurde von uns bemitleidet, aber für ein Ministerium, das von Stinnes Gnaden, von Gnaden der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen abhängig ist, dafür haben wir nur Verachtung. Diese Regierung ist nur ein

Ausgangspunkt für das Großkapital.

Sie ist noch schlimmer, als mein Stinnes und Gnaden hier wären. Die Kreile, die hinter diesem Ministerium stehen, werden das Ministerium zwingen, so zu handeln, wie sie es wollen. Vorn auf der Reuse sitzt der Proletarier. Das ist Stegerwald, und hinten sitzt der Herr, der belächelt. Die Volkspartei und ihre Tochterpartei, die deutschnationalen, haben während des Wahlkampfes ganz offen zugegeben, daß es sich für sie nur um die Bekräftigung des Brotpolitik handelt. So hieß es in einem Flugblatt der Deutschen Volkspartei: „Sie müssen jetzt bei der Wahl mitarbeiten. Wer uns nicht hilft, der ist wert, daß er durch die sozialdemokratischen Gehehe und Stinnes ausgeplündert wird.“ Das ist ein profanes Mittel, die Anhänger der Volkspartei zur Wahl zu schleppen. Wenns ans Zahlen geht, ist das Bürgertum ja immer sehr dickfellig.

Es wird auf das Ausland keinen guten Eindruck machen, daß jetzt in Preußen eine Regierung gebildet worden ist, die von denen Parteien gelehrt wird, welche den Krieg verschuldet und die Unterzeichnung des Friedensvertrages abgelehnt haben. Dieser schlechte Eindruck wird noch verstärkt werden durch die Demonstration anlässlich der

Beerdigung einer Toten in Potsdam.

Man wird im Ausland nie und nimmer glauben, daß ein neuer Geist in Deutschland vorherrschend sei. Nein, es wird dem Auslande direkt eingeschönt, daß die alte Juntergesellschaft wieder das Heil in die Hand genommen hat. Reichswehr, Polizei, Orgel sind die Schuttpatronen unserer Wirtschaftsordnung. Hinzu kommt jetzt noch die orthodoxe Richtung der Deutschnationalen und der Katholizismus des Zentrums. Dabei wird fortgesetzt mit dem Säbel gerasselt, damit das Ausland merkt, daß in Deutschland kein pazifistischer Geist herrscht. Im Westen droht uns die Befehung. Das ist die Folge des Krieges. Aber auch die Folge der Steuererhöbungen der Reichswehr, die die Kosten des Krieges nicht tragen wollen. Der Friedensvertrag zwingt uns, Wiedergutmachung zu leisten. Wären Sie (nach rechts) Patrioten, dann würden Sie freiwillig

Wenn Sie uns ansprechen müssen

in unseren Geschäften, das darf Sie nicht verdrissen. Sie haben nämlich grosse Vorteile, weil wir selbst isbrizieren u. ohne Zwischenhandel direkt an unsere 123 Verkaufsstellen liefern.

Kurze Zeit geben wir jetzt auf schwarze Herren- und Damen-Stiefel in Original-Rahmenarbeit

10% Bar-Rabatt die an der Kasse sofort abgezogen werden



Man achte auf den Vornamen „Conrad“

wie Abbildung, elegant. Lederhalbschuh, kurze Form, mit echt. Lackkappe

88 Mark

Schicker Jungmädchenstiefel, halbhocher, mod. Absatz, mit echt. Lackkappe

98 Mark

Eleg. Damenstiefel, kurze, mod. Form, mit echter Lackkappe, für Strasse und Gesellschaft

148 Mark

Schuhfabriken Burg b.M.

Conrad Tack & Co. A.G.

SV. Friedrichstr. 240/41 NW. Wilhelmsburger Str. 22 O. Andreasstrasse 50 C. Rosenthaler Str. 14
 W. Potsdamer Strasse 50 N. Brunnenstrasse 37 O. Frankfurter Allee 23 Newkolln. Burgstr. 30-31
 W. Schillingstrasse 18 N. Danziger Strasse 1 SO. Oranienstrasse 2a Charlottenburg, Wilmers-
 NW. Bismarckstrasse 29 K. Friedrichstrasse 130 SO. Wrangelstrasse 80 Charlottenburger Str. 12/13/Polidan,
 NW. Turmstrasse 41 K. Mühlentstrasse 8 C. Spittelmarkt 15 Brandenburger Strasse 34

